(3 10)

Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Fünfundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 462.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Mittwoch, 2. Oktober
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Amtliches.

Berlin, 1. Oktbr. Der Kaiser hat zu ordentlichen Professoren an der Universität Straßburg ernannt: in der medizinischen Fakultät die Prof. DDr. Wieger und Strohl zu Straßburg, in der philosophischen und naturwissenschaftlichen Fakultät den Dr. Winnecke zu Karlsruhe. In der letzteren Fakultät ist der Privatdozent Dr. Emil Warburg zu Berlin zum außerordentlichen Prof. ernannt worden.

Der König hat der Wahl des Gymnasial-Oberlehrers Dr. Kießler in Stendal zum Direktor der Realschule in Eschwege; sowie der Wahl des Gymnasial-Lehrers Dr. Emil Schönborn zum Direktor des in Pleß zu errichtenden Gymnasiums die Allerhöchste Bestätigung ertheilt.

Der bisherige Baumeister Heinrich Mappes in Harburg ist zum K. Eisenbahn-Baumeister ernannt und als solcher bei der Ostbahn zu Bromberg angestellt worden. Im Bezirke der Bergwerks-Direktion zu Saarbrücken ist dem Bergwerks-Direktor Freudenberg, bisher auf der Grube von der Heydt, die Stelle des Direktors der Grube Heinitz und dem Mitgliede der Bergwerks-Direktion, Berg-Inspektor und Berg-Assessor v. Ammon, unter Ernennung zum Bergwerks-Direktor, die Stelle des Direktors der Grube von der Heydt übertragen, sowie der Sekretär und Buchhalter, Berg-Assessor Jordan, zum Mitgliede der Bergwerks-Direktion ernannt worden.

Der erste Seminarlehrer Feige zu Oranienburg ist in gleicher Eigenschaft an das ev. Schullehrer-Seminar zu Franzburg, und der erste Seminarlehrer Pach zu Franzburg in gleicher Eigenschaft an das ev. Schullehrer-Seminar zu Oranienburg versetzt worden; am ev. Schullehrer-Seminar zu Aurich ist der Rektor Brandes zu Burgdorf als ord. Lehrer angestellt worden; der Gymnasiallehrer Vogler zu Wiesbaden ist zum Oberlehrer befördert werden; die Beförderung des ord. Lehrers Gustav Lohmeyer an der Realschule zu St. Johann in Danzig zum Oberlehrer ist genehmigt worden; die Berufung des ord. Lehrers Dr. Richard Stein vom Gymnasium in Oppeln zum Oberlehrer am Gymnasium in Patschkau ist genehmigt worden; der ord. Lehrer Dr. Gustav Nahts am Gymnasium in Rastenburg ist zum Oberlehrer befördert worden; die Berufung des ord. Lehrers Carl Heuser von der Realschule in Nordhausen zum Oberlehrer an der Realschule in Osterode a. H. ist genehmigt worden; die Beförderung des Kollaborators Dr. Friedrich Goldmann an der lateinischen Hauptschule der Franckeschen Stiftungen in Halle a. S. zum Oberlehrer ist genehmigt worden.

Die Temporalien-Sperre.

Von einem Juristen geht uns folgender Artikel zu:

Mit dem heutigen Tage 1. Okt. macht ein Mitglied die katholischen Hierarchie an sich die Erfahrung, daß auch sie sich nicht ungestraft im Staate Preußen über dessen Gesetze hinwegsetzen darf. Gegen den Bischof von Ermland tritt mit dem heutigen Tage die Temporalien-Sperre ein. Sein Abgesandter zur Erhebung der Quartal-Rate von beiläufig 2,250 Thlr. wird mit leeren Händen zurückkehren. — Die rechtlichen Bedenken gegen die Zulässigkeit der Maßregel der Staatsregierung entbehren, nach unserem Dafürhalten, jeder Begründung Abgesehen davon (woran auf Wunsch zahlreiche Beispiele angeführt werden können), daß durch das ganze Mittelalter bis auf die jüngste Zeit von katholischen Regenten in katholischen Ländern wie Oestreich, Baiern, Neapel und Spanien die Temporalien-Sperre gegen renitente Mitglieder der katholischen Hierarchie verhängt und durchgeführt ist, verkennt jene Rechtsanschauung die rechtliche Natur der Stellung eines Bischofs und der demselben vom Staate zufließenden Bezüge Der Bischof wird nicht vom Staate ernannt, ist kein Staatsbeamter. Der Staat bestätigt ihn nur, erkennt ihn nur an, ertheilt ihm nur das Exequator. Hat der Staat den Bischof nicht ernannt, kann er ihn auch nicht absetzen. Die staatlichen Bezüge des Bischofs haben nicht den Charakter eines Gehalts für dem Staate geleistete Dienste. Sie sind vielmehr ein Theil der der katholischen Hierarchie auf Grund der Bestimmungen der Bulle de salute animarum und des jährlichen Staatshaushalts-Etats zustehenden Dotation, nicht für staatliche Dienste, vielmehr bestimmt zur Sustentation der Hierarchie dieser privilegirten Religionsgesellschaft. Es ist daher denkbar, möglich, rechtlich sogar allein zulässig, daß der Bischof nach wie vor Bischof bleibt, daß ihm aber die staatlichen Bezüge inne behalten werden können. Wir sagen absichtlich „inne behalten;" denn auch die rechtliche Natur der Temporalien-Sperre hat der Rechtsbedenkliche verkannt. Es ist keine Strafe wie etwa, wenn einem Beamten mit seinem Amte auch sein Gehalt oder gar nur letzteres entzogen wird. Es ist vielmehr eine Koercitiv-Maßregel, ein Akt einer Administrativ-Exekution, eine execatio ad faciendum gegen renitente Geistliche. Sie sollen durch Entziehung der staatlichen Einkünfte gezwungen werden, Etwas zu thun. Dadurch wird kein Klagerecht, nur ein Beschwerderecht geschaffen. Mag der Bischof von Ermland bedenken, daß diese Exekution selbst bis zum Personal-Arreste gehen kann, wenn der Gegenstand der Zwangsvollstreckung lediglich vom Willen des Exequendus abhängt! —

Wir haben gegen die staatliche Maßregel andere Bedenken. Sie fallen in das herrenlose, streitige, unbebaute Grenzland zwischen Staat und Kirche. Es kann bestritten werden und es wird sicher bestritten werden, daß der Bischof sich geweigert hat, die Erklärung abzugeben, welche er abgeben sollte und — konnte. Wer entscheidet dann den Streit Kultusminister wider Bischof von Ermland? Wo ist der kompetente Gerichtshof für appels comme d'abus? — Ferner fehlt es an einer Präzisirung der Temporalien-Sperre. Unseres Erachtens konnte sie nur für so lange verhängt werden, bis der Bischof die Erklärung abgegeben, daß er sich für die Zukunft jeder Verhängung einer Exkommunikation vor erlangter staatlicher Genehmigung enthalten wolle. Eine weitergehende Erklärung dahin zu fordern, daß die Staatsgesetze auch für den Ermländer verbindlich seien, scheint uns gegen die Würde des Staates zu verstoßen.

So drängt, sollten wir meinen, dieser Fall den Staat mit Nothwendigkeit zu einer so lange zaghaft vermiedenen gesetzlichen Grenz-Regulirung zwischen Staat und Kirche, zu einer organischen Gesetzgebung, wenn nicht die hochgehende Fluth zum unwiderbringlichen Schaden des Staates im Sande verlaufen soll! — Davon enthält das Schreiben des Kultusministers vom 25. d. M. kaum eine Andeutung. Es scheint nur, daß die Sache vor den Landtag gebracht werden soll. Etwa nach Analogie der Beschlagnahme der Abfindungen des Exkönigs von Hannover und des Exkurfürsten von Hessen. Darauf deutet die Beschränkung der Maßregel „bis auf Weiteres" und daß der Minister den Sinn der Landtagsbewilligung interpretirt, wozu selbstverständlich jede Berechtigung, wegfällt wenn der Landtag beisammen ist.

Schließlich wollen wir nicht verfehlen, daß die bisher härteste Maßregel gegen hierarchische Uebergriffe vielleicht nicht den Schuldigsten, nur den Offensten getroffen hat. Es giebt andere Hierarchen, welche nach unserer Ueberzeugung den Staat schwerer geschädigt haben, als er. Sie waren nur klüger, nur vorsichtiger. Hoffen wir, daß einst auch an sie die Reihe kommen wird.

Einstweilen mögen sie die gegen ihre Gesinnungsgenossen verhängte Maßregel als — sie lieben die Franzosen — avis au lecteur ansehen.

Deutschland.

△ **Berlin**, 1. Oktober. Wie ich höre, sollte gestern bereits eine Sitzung des Staats-Ministeriums abgehalten werden, welche jedoch wegen des schon gemeldeten Unwohlseins des Kriegsministers, der gegenwärtig den Vorsitz im Staatsministerium führt, unterbleiben mußte. Heute sollte jedoch die Sitzung jedenfalls stattfinden, aber nur ist nicht bekannt geworden, ob Graf Roon daran hat theilnehmen können. — Die „Germania" hat bekanntlich das jüngste Schreiben des Bischofs von Ermland an den Ministerpräsidenten im Wortlaut mitgetheilt, von dessen Inhalt ich Ihnen zuerst Kenntniß geben konnte. Es scheint, als ob der Bischof in Ermangelung sonstiger Beschäftigung Lust hat, den Briefwechsel in infinitum fortzusetzen. Indeß theilt Fürst Bismarck diese Neigung keineswegs, und hat daher dem Bischof sofort in einigen kurzen Zeilen erwidert, daß er keine weitere Veranlassung habe, die Verhandlungen mit ihm fortzuführen, nachdem der Zwischenfall wegen der Marienburger Festlichkeiten erledigt sei. — Die Gerüchte über den Grafen Arnim und dessen angeblich eingereichtes Entlassungsgesuch sind jetzt von allen Seiten dementirt worden. Alle Mittheilungen und Kommentare, welche sich an Aeußerungen des deutschen Botschafters über seine unbehagliche Stellung in Paris geknüpft haben, können an der Thatsache nichts ändern, daß Graf Arnim kein Entlassungsgesuch gestellt hat und daß daher auch von weiteren Folgerungen eines solchen nicht die Rede sein kann. — Von Seiten des Vereins der Deutschen Privat-Eisenbahnen sind die von einander abweichenden Paragraphen des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands und des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen in Oesterreich-Ungarn zusammengestellt und dem Handelsminister mit dem Ersuchen überreicht worden, den Verein in seinem Streben auf Erlangung eines gemeinsames Betriebs-Reglements für beide Nachbarländer zu unterstützen. Der Minister hat die Angelegenheit zunächst den preußischen Eisenbahn-Direktionen zur Prüfung und Begutachtung überwiesen. — Am 10. d. M. werden die Direktoren der landwirthschaftlichen Akademien hier zu einer Konferenz versammelt sein, um sich wegen der Beschickung der Wiener Weltausstellung zu besprechen. Allerdings steht bereits fest, daß sämmtliche Akademien die Ausstellung beschicken werden, aber damit die Ausstellung auch nach dieser Richtung ein einheitliches Ganze bilde und die einzelnen Akademie sich gegenseitig ergänzen, soll auf der Konferenz eine dahin zielende Verständigung erstrebt werden.

⊙ **Berlin**, 1. Oktober. Mit seinen sogenannten neuen Nachrichten hat der neue Chefredakteur der „Kreuzzeitung" augenscheinlich Malheur. Gestern erzählt er eine Räubergeschichte vom Justizminister Leonhardt,*) und heut will er wissen, die Zivilehe stehe offiziell noch gar nicht in Rede. Diese Notiz ist außerordentlich unklar gehalten, denn sie schließt mit der Wendung, in den zunächst betheiligten Regierungskreisen werde eine Regelung der einschlagenden Verhältnisse in „dieser oder jener Weise" als nothwendig erachtet. Ob die ganze Mittheilung bloß den Zweck hatte, für den Vortrag, den über die Zivilehe Herr v. Nathusius-Ludom neulich vor der Berliner Pastoral-Konferenz gehalten hat, Reklame zu machen? Es ist ein journalistisches Novum, daß ein Redakteur unter den Hauptnachrichten seiner Zeitung auch die bringt, es sei eine Arbeit von ihm da und da erschienen. Es fehlte blos noch, daß Herr Nathusius auch sogleich den Preis seines Vortrags über die Zivilehe beisetzte. Zum Glück sind für Nachrichten aus Regierungskreisen die Gewährsmänner der Kreuzzeitung nicht mehr zuverlässig, sonst würde, was sie heut über die Zivilehe meldet, allerwärts keinen leisen Schreck hervorrufen. Angenommen, dies Gesetz käme wirklich nicht, so gelänge dem Kultusminister ganz gewiß nicht, auf kirchenrechtlichem Gebiet die Ordnung wieder herzustellen. Auch auf die freudige Unterstützung der Abgeordneten könnte er nicht mehr rechnen. Wir glauben an die Vorlage bezüglich der Zivilehe für die allernächste Zeit, weil wir uns überzeugt halten, sie liege im dringendsten Interesse des Staates, der aus dem leidigen Streit mit dem Ultramontanismus herauskommen muß. Das Gesetz ist zwar nicht schon allein hinreichendes Mittel zur Besiegung aller Schwierigkeiten, aber es ist ein untrennbarer Theil der anderen Maßnahmen, die getroffen werden müssen und von allen ganz gewiß die wirksamste. Die liberalen Fraktionen rechnen mit aller Bestimmtheit auf die endliche Einführung der Zivilehe. Die offiziöse Presse hat sie als bevorstehend angekündigt, und eine nachträgliche Zurücknahme des Projekts wäre gleichbedeutend mit einer sehr empfindlichen Niederlage, der die Regierung gegenüber dem Ultramontanismus sich nicht mehr aussetzen darf, wenn sie in wirksamer Weise die Staatssouveränität gegen eine renitente Geistlichkeit wehren will. — Der Minister v. Roon ist von seinem neulichen Unwohlsein wiederhergestellt, dagegen hat Graf Itzenplitz die Verstauchung seines Fußes noch nicht überwunden. Er ist genöthigt, zu Hause zu bleiben.

Σ **Berlin**, 1. Oktober. Zu dem Pfunde Schnupftabak, welches der deutsche Rechnungshof gegenwärtig vom Feldmarschall v. Moltke als reglementswidrige Erfrischung während des letzten Krieges zurückfordert, könnte ich noch eine Anzahl Seitenstücke liefern. Umfassende Verhandlungen schweben über ein Faß Bier, welches auf dem Saarbrücker Bahnhofe in den heißen Augusttagen ankommenden Truppen reglementswidrig verzapft worden ist. Dabei sind noch nicht einmal alle Monita aus früheren Kriegen erledigt. Noch immer hat der verlangte Nachweis nicht vollständig geliefert werden können, wo die beim Düppelsturm zum Durchschneiden der dänischen Drahtsperren gebrauchten Scheeren schließlich geblieben sind. Den kolossalen Kosten der hiesigen Erbswurstfabrik dagegen scheint der hohe Rechnungshof in ebenso eingehender Weise nicht auf den Grund gehen zu wolleu. Leider ist derselbe überhaupt nur in subalternen Kleinigkeiten groß. Für eine ernsthafte staatsrechtliche und budgetmäßige Kontrolle der Finanzverwaltung hat der Rechnungshof in seiner gegenwärtigen Einrichtung nicht den geringsten Werth. Das zeigen recht deutlich die Rechnungen, welche dem Reichstage in den letzten Tagen der verflossenen Session vorgelegt worden sind. Ueber drei Jahre hat der Hof zur Prüfung dieser ersten auf die Jahre 67 und 68 bezüglichen Rechnungen gebraucht. Die „Bemerkungen" des Hofes sind mehr als dürftig ausgefallen. Es ist gar kein Prinzip ersichtlich, nach welchem dieselben überhaupt aufgestellt sind. Man scheint beliebig diese oder jene Formwidrigkeit in der Buchführung herausgegriffen zu haben, um überhaupt nur Etwas zu bemerken. Sogar einige, welche der Reichskanzler selbst in seinem Bericht als große Verstöße kennzeichnet, sind vom Rechnungshofe vorher nicht „bemerkt" worden. Unter Anderem hat man einmal Matrikularbeiträge ausgeschrieben ohne gesetzliche Ermächtigung Der Rechnungshof bemerkt das nicht. Seltsamer Weise hat das preußische Kontingent im Jahre 1868 für Artillerie- und Waffenwesen so gut wie nichts ausgegeben. Kein Wort der Erläuterung ist der Erklärung dieses Umstandes gewidmet. Offenbar hat hier eine Erleichterung des Pauschquantums durch Uebertragung auf die preußische Rechnung (Retablissement nach dem Kriege von 1866) stattgefunden. Der preußische Landtag wird demnächst diese Sache zu untersuchen haben. Ueberaus befremdend erscheint es, daß in keiner preußischen oder Reichsrechnung bis jetzt ein Nachweis zu finden ist, wo das Geld aus dem Verkauf der alten Kaserne des hiesigen Franz-Regiments (jetzt Gabers Industriegebiet) hingekommen ist. Aber die ganze Militärrechnung ist überaus verdächtig. Bis auf den Thaler, nicht mehr und nicht weniger, ist gerade die dem Pauschquantum entsprechende Summe verausgabt worden. Nur Mecklenburg-Schwerin hat, offenbar aus Mißverständniß, die Summe von 40 Thlr. an seinem Militairaufwand erspart. Wir vermögen nicht abzusehen, wie der Reichstag in der nächsten Session derartige Rechnungen überhaupt nur zu prüfen im Stande sein soll. Die Fortschrittspartei wollte bekanntlich, als durch Delbrücks Schuld ein ordentliches Rechnungskontrollgesetz in der vorigen Session nicht zu Stande kam, überhaupt das Dasein des Rechnungshofes nicht länger prolongiren. In der That wäre gar keine Kontrolle besser als solche Scheinkontrolle. Daß vor dem Zustandekommen eines solchen Gesetzes überhaupt eine Rechnung vom Reichstage dechargirt werden kann, halten wir für unmöglich. Nachdem der Lauenburgsche Landtag das Gesetz über das Dominialvermögen angenommen hat, ist vom Lauenburgschen Minister Bismarck dem preußischen Ministerpräsidenten der Wunsch nach Annexion amtlich zu erkennen gegeben. Wie ich höre, hat der preußische Bismarck darauf in sehr entgegenkommender Weise sich geäußert. In der letzten Zeit waren die beiden Ministerien durch Grenzstreitigkeiten in eine etwas gereizte Stimmung gerathen. Der lauenburgische Bismarck hatte sich beim preußischen über das Verhalten der Regierung in Schleswig bitter beklagt. Da aber der preußische Bismarck seine Regierung entschieden in Schutz nahm, ist dem lauenburgischen Bismarck nichts übrig geblieben, als die Intervention des Reichskanzlers anzurufen. Im Reichskanzleramt schwebt die Sache gegenwärtig noch. Es wird Zeit, daß diese Komödie ein Ende nimmt. Man erzählt übrigens, daß der vollen Annexion noch ein Uebergangszustand vorhergehen soll. — Zu den eigenthümlichen Wirkungen des Umstandes, daß die bevorstehende Session des Landtags nur eine Fortsetzung der im vorigen Jahre begonnenen darstellt, gehört auch, daß alle sistirten Prozesse gegen Abgeordnete 1½ Jahre lang nicht wieder aufgenommen werden können. So kann beispielsweise der Prozeß wegen der Broschüre von Parisius „Ein Kultusminister, der seinen Beruf verfehlt hat" nicht zu Ende kommen, obwohl Herr von Mühler längst seinem Dichterberuf freigegeben ist. Von dem Verfasser erscheint in diesen Tagen unter dem Titel „Pflicht und Schuldigkeit" ein politischer Roman (Hannover bei Rümpler), der in der altmärkischen Heimath des Verfassers zur Zeit des letzten Krieges spielt.

— Die Abberufung des preußischen Gesandten am Hofe in Stuttgart, Freiherrn v. Rosenberg, und sein Tausch mit dem Gesandten bei den Hansestädten, v. Magnus, wird von einem schwäbischen Korrespondenten der „W. Z." besprochen.

Dieser Gesandtentausch, heißt es dort, ist eine neue Gefälligkeit und Nachgiebigkeit der preußischen Regierung gegen den Stuttgarter Hof. Es ist schon seit längerer Zeit kein Geheimniß, daß v. Rosen-

*) Im Justizministerium sollte die Ansicht obwalten, daß es nicht empfehlenswerth sei, den gewünschten Servizzuschuß von 15 pCt. den Richtern erster Instanz in Berlin zu gewähren, da der große Andrang zu den hiesigen Richterstellen es gestatte, sich die reichen Bewerber zu diesen Stellen auszusuchen." Der „Staatsanz." ist in der Lage, diese Mittheilung in allen ihren Theilen als völlig grundlos bezeichnen zu können.

berg am Stuttgarter Hof nichts weniger als persona grata ist. Allerdings ist daran nicht seine Persönlichkeit schuld, die es an Takt und den nöthigen Rücksichten nie hat fehlen lassen; allein die Aufgaben eines preußischen Gesandten in Stuttgart während dieser Zeit (Rosenberg ist seit 1867 accreditirt) waren in der Regel so heikler Art, daß man es ganz erklärlich findet, wenn der Träger dieser Mission eher ein Gegenstand der Furcht und der Abneigung als gnädiger Herablassung war. Man muß bezweifeln, ob es einem andern Diplomaten in dieser Lage geglückt wäre, sich beliebter zu machen. Im Grunde hatte der preußische Gesandte auch gar keine Ursache, durch „Liebenswürdigkeit" zu glänzen, er konnte dies Geschäft anderen seiner Kollegen überlassen. Kurz, die Entfernung Rosenberg's war schon lange ein Wunsch des Königs Karl. Ob die Kronprinzenreise diesen Wunsch vollends zum brennenden gesteigert hat, mag dahingestellt bleiben. Der neue Vertreter kommt jedenfalls unter günstigen Auspizien. v. Magnus war in den 50er Jahren Attaché am Stuttgarter Hof und soll sich damals der Sympathien des Königs und der Königin erfreut haben. Auch ist seine Berufung, wie es heißt, auf ausdrücklichen Wunsch unseres Königs erfolgt.

— Ueber die jüngsten diplomatischen Ereignisse im Orient, die Ernennung des Geheimen Legationsrathes v. Keudell zum Gesandten des Deutschen Reiches bei der Pforte und die Berufung des zeitherigen türkischen Botschafters in Wien, Khalil Sheriff Pascha, zum Leiter der auswärtigen Angelegenheiten des Osmanischen Reiches äußert sich der „P. Ll." in bemerkenswerther Weise:

„Herr v. Keudell! — sagt das Ungarische Blatt — galt nicht blos in diplomatischen Kreisen als der intime Vertraute des Fürsten Bismarck, als ein genialer Jünger dieses Staatsmannes, an dessen Seite er sich auch gelegentlich der vorjährigen Salzburger Entrevue befand. Daß die Deutsche Regierung einen Diplomaten von so eminenter Begabung und genauer Kenntniß ihrer Intentionen auf den bisher ziemlich stiefmütterlich behandelten Posten nach Stambul sendet, während sie gleichzeitig einen im Orient erprobten Beamten, der in Bukarest und Konstantinopel sich seine Sporen verdiente, Herrn von Radowitz, mit der Berichterstattung im Berliner Kabinet betraut, deutet doch ziemlich bestimmt auf deren Absicht hin, fortan auch im Orient jenen Platz einzunehmen, der ihr gebührt. Nach dem Ergebnisse der Berliner Entrevue und vollends nach der letzten Darstellung, wie sie Graf Andrassy von dem Zwecke und Erfolge derselben gab, dürfen wir nicht zweifeln, daß dieser Platz nicht anderswo, als an der Seite Oesterreich-Ungarns zu suchen sein wird. Und daß man in Konstantinopel bereit sein wird, die Hand freundschaftlich darzubieten, dafür scheint die Berufung Khalil Pascha's auf den durch den jähen Tod Djemils erledigten Posten eine Gewähr zu bieten. Seit geraumer Zeit am Sitze unserer gemeinsamen Regierung beglaubigt, hat Khalil Pascha, dessen wohlwollendes und sympathisches Wesen ihn geradezu populair machte, in Wien Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen, wie tief wurzelnd die guten Wünsche sind, mit denen Hof und Regierung, Deutsche wie Ungarn, den Entwickelungsgang des großen Türkischen Nachbarreiches begleiten."

— Die durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 18. Juni d. J. angeordnete Theilung der Marine-Intendantur in zwei Stations-Intendanturen, für die Marinestation der Ostsee in Kiel und für die Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven ist mit dem heutigen Tage eingetreten.

— Der Botschafter des deutschen Reiches in Petersburg, Prinz Reuß, welcher vor einigen Tagen von seinen Gütern in Schlesien hier eingetroffen war, hat sich nach Wien begeben, um der Vermählungsfeier des deutschen Botschafters daselbst, General v. Schweinitz, mit der Tochter des an demselben Hofe akkredirten amerikanischen Gesandten beizuwohnen. Von dort aus wird Prinz Reuß noch auf kurze Zeit nach Italien gehen und dann erst auf seinen Posten nach Petersburg zurückkehren.

— Prinz Albrecht hat in der verflossenen Nacht zwar noch unterbrochen, aber doch länger andauernd Schlaf gehabt. Die übrigen Erscheinungen sind dieselben geblieben.

— Die gerichtliche Untersuchung wegen des Unglücks am Abend des Zapfenstreichs ist in Bezug auf das etwa vorhandene Verschulden dritter Personen nunmehr auf Antrag des Staatsanwalts veranlaßt und bereits im vollen Gange. Mit Führung der Untersuchung ist der Stadtgerichtsrath Pescatore betraut.

— Offiziöse Korrespondenzen, schreibt die „Germania", irregeleitet durch die Vermuthungen eines rheinischen Blattes, polemisiern schon vor seiner Geburt gegen einen vom deutschen Episkopate zu erlassenden „gemeinschaftlichen Hirtenbrief". Wir bemerken deshalb nochmals, daß kein Hirtenbrief erscheinen wird, daß vielmehr nur öffentliche Gebete für die Kirche werden angeordnet werden.

— In Sachen der rumänischen Judenfrage wird gegen Ende des künftigen Monats zu Brüssel eine Konferenz von Delegirten aller bestehenden Komites für diese Angelegenheit stattfinden. Die Konferenz wird aus Deutschland, England, Frankreich, aus Rumänien selbst, sowie aus Amerika beschickt werden.

— Der Bundesrath wird seine Sitzungen voraussichtlich zum 14. Oktober wieder aufnehmen. Unter denjenigen Gegenständen, welche das Plenum zunächst beschäftigen, wird sich, wie die „D. R. C." hört, der Gesetzentwurf betreffend die Seemannsordnung befinden, über welchen bekanntlich bisher noch keine Einigung in Betreff der Beschlüsse des Reichstages und namentlich in Betreff der von dem letzteren vorgenommenen Veränderungen der Regierungsvorlage herbeigeführt worden. Wie erinnerlich sein wird, handelte es sich bei dem zu Tage getretenen Prinzipienstreit um den von dem Reichstage zugesetzten § 14, welcher der Schiffsmannschaft das Recht vindizirt, eine Untersuchung des Schiffes und Proviantes bei der Behörde zu beantragen. Um eine möglichste Klarheit in der Sache herbeizuführen, war an sämmtliche Küenstaaten Seites des Reichskanzler-Amtes eine Aufforderung ergangen, den § 14 einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen und ihr Gutachten dem Reichskanzler-Amte mitzutheilen, um demnächst diese Meinungsäußerungen dem Plenum des Bundesrathes zu unterbreiten. Diese Rückäußerungen der Einzelstaaten waren jetzt eingegangen und sprechen sich dieselben in der Mehrheit zu Gunsten des § 14 aus, so daß Aussicht vorhanden ist, daß diese, für die deutsche Handelsmarine so überaus wichtige Vorlage nun dennoch zum Gesetz erhoben wird.

— Die Minister des Innern und der geistlichen 2c. Angelegenheiten haben den Antrag einer Regierung, über die Anwendung der in dem gemeinschaftlichen Erlaß vom 8. Juli 1867 ausgesprochenen generellen Grundsätze bezüglich zur Verpflichtung der Tragung der Kosten für Untersuchung geisteskranker Personen eine für alle Fälle erschöpfende Instruktion zu ertheilen, abgelehnt. Als Motiv führen die Minister aus, daß die Frage, ob die Lokalpolizeibehörde vermöge der ihr obliegenden Fürsorge gegen gemeingefährliche Handlungen Geisteskranker verpflichtet erscheine, die ärztliche Untersuchung eines Kranken bewirken zu lassen, stets nur nach den Umständen des gegebenen Falles zu beantworten sei. Was aber diejenigen Fälle betreffe, in welchen es sich darum handelt, das in dem Reglement für eine ständische Provinzial-Irrenanstalt zur Aufnahme Kranker in die Anstalt vorgeschriebene Gutachten des Kreisphysikus zu beschaffen, so können die Kosten dieses Gutachtens dem Fiskus nicht zur Last gelegt werden. Dieselben müssen vielmehr von den Personen oder Ortsbehörden getragen werden, welche die Aufnahme eines Kranken in die Anstalt nachsuchen und welchen das Reglement die Verpflichtung auferlegt, das gedachte ärztliche Attest als Belag des Aufnahmegesuchs beizubringen. In Fällen aber, wo die Gemeinfährlichkeit eines in eine Irrenanstalt Aufzunehmenden durch einen zuverläßigen nicht beamteten Arzt gehörige begutachtet ist, empfehle es sich, entweder von der nochmaligen Untersuchung durch den Kreisphysikus ganz abzusehen, oder, wenn dies nach Lage des Falles bedenklich erscheine, der betreffenden Ortspolizeibshörde die Beibringung des Physikats-Gutachtens aufzugeben.

— Gegen den Verfasser und Verleger einer bei Leo hierselbst erschienenen Schrift „Todsünden der Pfaffen" ist die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet und der Verfasser Pater Ambrosius (N. Jakob-Anders) bereits vom Untersuchungsrichter vernommen worden.

— Die Maschinenbauarbeiter hatten vergangenen Sonntag Vormittags im Saale des Handwerkervereins eine überaus zahlreich besuchte Versammlung. Nachdem Hr. Hasenclever einen längeren Vortrag über den Sozialismus und dessen Endziele gehalten, wurde von Herrn Stege und noch mehreren anderen Rednern konstatirt, daß der Strike in der Pflugschen Maschinenbaufabrik sich noch immer in dem alten Stadium befinde. Wenn auch 5—600 Mann dortselbst wieder in Arbeit getreten, so könne dies den Strike selbst nicht im Mindesten alteriren, da jene Arbeiter keine gelernten Fachgenossen seien. Ein Redner macht die Mittheilung, daß die Meister der genannten Fabrik die geforderten 20 pCt. Lohnerhöhung sogar gegen schriftliche Garantie bewilligen wollen, das Direktorium wolle sich jedoch auf Nichts einlassen. — Es wurde schließlich noch zur Abhaltung jedes Arbeiterzuzugs, sowie zur Geldunterstützung der Strikenden aufgefordert. — Eine am Sonntag Mittag abgehaltene Versammlung der Holzbildhauergehilfen beschloß einstimmig, in denjenigen Werkstätten, in welchen der neuerlich geforderte 33⅓ prozentige Lohnaufschlag noch nicht bewilligt ist, vom 1. Oktober ab sukzessive die Arbeit einzustellen. In etwa 20 größeren Werkstätten soll die Forderung bereis rückhaltlos bewilligt sein. Die strikenden unverheiratheten Gehilfen erhalten vorläufig 3 Thlr., die verheiratheten 4 Thlr. Unterstützung pro Woche.

— Der „Präsident des Allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeitervereins", soeben von längerer Agitationsreise aus dem Westen Deutschlands zurückgekehrt, die viel Geld gekostet hat, findet, daß nicht alles so ist, wie es sein sollte, namentlich, daß die Kassen leer sind. Die „Arbeiter allerorts in Deutschland" werden deshalb in jeder Nummer des „Neuen Sozialdemokrat" energisch aufgefordert, dem Verein beizutreten und treu und pünktlich den Beitrag zu entrichten. Das „Immer 'ran, meine Herren!" scheint nicht mehr recht zu ziehen.

— Die Agitation um Abschaffung der akademischen Gerichtsbarkeit wird, wie die „Trib." schreibt, in den Kreisen der studirenden Jugend wieder aufgenommen werden. Es liegt in der Absicht, bei dem Abgeordnetenhause diese Angelegenheit wieder zur Sprache zu bringen und auch die Regierungskreise dafür zu interessiren. Inzwischen richten sich die Hoffnungen der Berliner Studenten zunächst auf den bevorstehenden Rektoratswechsel, indem man davon den endlichen Ausgleich der Differenzen zwischen dem Senat und den Studenten erwartet.

Oesterreich.

Wien, 29. September. Der Budgetausschuß der Reichsraths-Delegation läßt es, wie die einlangenden Berichte täglich zeigen, an kräftigen Abstrichen nicht fehlen und bis jetzt giebt es kaum eine Post im Kriegsbudget, die unversehrt nach den Voranschlägen der Heeresverwaltung aus den Berathungen des Ausschusses hervorgegangen wäre. Im Ordinarium des Kriegsbudgets sind nur noch einige nicht besonders hervorragende Posten zu erledigen, über die Herr Dr. Giskra das Referat führt. Hierauf kommt das Extra-Ordinarium an die Reihe, welches Dr. v. Demel zum Berichterstatter hat. Der Erledigung harrt sodann noch das Extra-Ordinarium des Marine-Erfordernisses und dann ist der Ausschuß mit dem Voranschlage vollständig zu Ende. Es steht nach dem bisherigen Verlaufe der Ausschuß-Verhandlungen außer Zweifel, daß die Plenarsitzungen der Delegation in den allerersten Tagen des nächsten Monats ihren Beginn nehmen werden. — Da auch der Heeresausschuß der ungarischen Delegation hinsichtlich der vollen dreijährigen Präsenzdienstzeit Schwierigkeiten erhebt, tritt heute der Pester Lloyd mit einem Vermittlungsvorschlage auf. — Nach dem Exposé des Kriegsministeriums erhalten, von dem jährlich eingezogenen Rekruten-Kontingente 7100 Mann nur eine achtwöchentliche militärische Ausbildung und werden sodann dauernd beurlaubt. Der Pester Lloyd nimmt an, daß es dem Kriegsminister hauptsächlich um eine entsprechende Präsenzdienstzeit für diese 7100 Mann sich handelt und schlägt für diese eine sechsmonatliche Abrichtungszeit vor, so daß statt der 3,761,511 Gulden, die der Kriegsminister für ein ganzes Jahr verlangt, bei einer Abrichtungsdauer von sechs Monaten die Delegationen den Betrag von 1,880,755 Gulden bewilligen sollen. Ob diese Rechnung des genannten Blattes richtig ist, müßte freilich erst nachgewiesen werden.

Schweiz.

Bern, 25. September. Gestern und vorgestern wurde in sämmtlichen Ortschaften des Kantons Genf und wie es heißt, auch in den angrenzenden französischen Gemeinden ein von einigen 30 Katholiken unterzeichnetes Manifest gegen die Beschlüsse des Staatsrathes, betreffend die Amtseinsetzung des Pfarrers Mermillod verbreitet.

„Als Bürger und Katholiken", heißt es in demselben, „protestiren wir gegen diese Maßregel. Niemals haben die Katholiken die Organisation des protestantischen Kultus zu verletzen gesucht. Wir wollen die Aufrechterhaltung unserer religiösen Freiheiten und unserer Rechte, welche feierlich von der Bundes- und der Kantons-Verfassung garantirt sind. Wir appelliren an den Geist der Gerechtigkeit und den gesunden Sinn unserer Mitbürger. Es ist für unser Land eine Frage der Freiheit, des Patriotismus und der nationalen Ehre."

Die Leute vergessen ganz und gar, daß es sich hier nicht um eine bloße Kultusfrage, sondern um eine kirchlich-politische Frage, die Losreißung der durch päpstliches Breve und einen zustimmenden Staatsraths-Beschluß dem Bisthume Lausanne für alle Zeiten verbundenen katholischen Gemeinden des Kantons Genf, handelt, für welche die Zustimmung des Staatsrathes ebenfalls nothwendig war. Tritt der Staatsrath solcher Anmaßung der Kurie entgegen, so übt er nur seine staatsrechtliche Pflicht aus. (K. Z.)

Frankreich.

Ueber die Verzögerung der Räumung des Marne- und Haute-Marne-Departements schreibt das „Journal des Débats":

Die Räumung der beiden Departements der Marne und der Haute-Marne, die seit einigen Tagen vor sich gehen sollte, verzögert sich in Folge wahrhaft bedauerlicher Umstände. Es kostet uns Ueberwindung, es zu sagen, aber dieser Aufschub darf nicht der deutschen Armee zur Last gelegt werden. Diese war bereit, vom 22. September an, in der bestimmten Frist und nach der Zahlung des Lösegeldes dieser beiden Departements abzuziehen. Sie hatte sogar an jenem Tage ihre Abmarschbewegung fast ganz vollendet, um in den Departements der Vogesen, Ardennen, Meuse und Meurthe-Moselle Quartiere zu beziehen. Aber sie ist jetzt genöthigt, auf dem Wege wieder Kehrt zu machen. Die zu ihrer Aufnahme bestimmten Barackenlager in den vier letzten Departements sind noch nicht vollendet. Man würde also genöthigt gewesen sein, die Truppen bei den Einwohnern einzuquartieren. Diese traurige Aussicht hat das von dieser allzu intimen Nachbarschaft bedrohte Gebiet in Unruhe versetzt. Der Munizipalrath von Bar-le-Duc hat sich in dieser Angelegenheit an die Regierung gewendet, und diese hat die Zusicherung gegeben, daß die Räumung der Departements Marne und Haute-Marne nach Vollendung der begonnenen Arbeiten beginnen würde. Damit, fährt das „Journal des Débats" fort, sind also vier Departements zufriedengestellt, aber was werden die beiden anderen sagen, die das Endziel ihrer Befreiung hinausgerückt sehen? Man berichtet uns in der That, daß die Barackenlager in den Vogesen nicht vor den 15. Oktober fertig gestellt werden können. In den Ardennen ist man, nach einer Depesche aus Vouziers, wenigstens nicht viel weiter. Da fehlt es an Arbeitern; ein Zimmerstrike hat die Arbeiten verzögert und trotz der von der Marine gesandten Verstärkungen hat man in der bestimmten Frist nicht zu Stande kommen können; dort ist der Anstrich der Baracken noch nicht trocken genug, aber, sagt man, der Unterpräfekt von Vouziers hat alle in Reims und Vitry vorräthigen Oefen requirirt und unterdeß „beabsichtigt man" Gluthpfannen aufzustellen, um mit der Austrocknung zu beginnen. Man beabsichtigt! Es ist hohe Zeit. Sind wir denn immer und überall verurtheilt, stets zu spät zu kommen! und wird sich die vormals so gerühmte „furia francese" immer wieder von der deutschen Langsamkeit überflügeln lassen? Die fremde Eroberung und Besetzung lasten ohnehin schon so schwer auf unseren unglücklichen Departements, daß man aus Rücksicht auf sie hätte noch über die Grenzen des Möglichen hinausgehen müssen, man ist aber im Gegentheil weit diesseits derselben geblieben. Man muß hoffen, daß die Militär-Intendanz sich rascher zeigen wird, wenn in Folge der vollständigen Zahlung der vier ersten Milliarden die ganze Last, von der die übrigen 4 Departements alsdann frei werden, auf die beiden letzten (Vogesen und Meurthe-Moselle) fallen wird.

Der „Courrier de France" versichert, der Marschall Bazaine sei so leidend, daß seine Verhöre auf Anordnung der Aerzte auf vierzehn Tage unterbrochen worden wären.

Die Regierung soll beschlossen haben, von jetzt ab Niemanden mehr zu verfolgen, der keines anderen Vergehens geziehen wird, als daß er die Uniform der Kommune getragen hat, auch wenn er in den Kommunetruppen eine höhere Charge bekleidet hat. In Folge dessen würde von den 18,000 Gefangenen alsbald die Hälfte auf freien Fuß gesetzt werden. Was den Rest betrifft, würde auch nur gegen diejenigen die Anklage aufrecht erhalten werden, welche des Mordes, des Diebstahls, der Brandstiftung, der Plünderung oder gleich schwerer Verbrechen angeschuldigt sind.

Einige Sensation erregt ein Schreiben von Paul de Cassagnac, welches das „Pays" vom 27. Sept. bringt und das an den Polizeipräfekten Renault gerichtet ist.

In diesem Schreiben lenkt der junge Cassagnac die Aufmerksamkeit des Polizeipräfekten auf die Karrikaturen über den Ex-Empereur und seine Familie hin, die auf der Straße verkauft werden. Paul de Cassagnac erklärt es für einen Skandal, daß der Präfekt, welcher die Polizei auf der Straße handhabt, solche Dinge dulde und droht, wenn der Präfekt solches weiter gestatte, die durchzuprügeln, welche Schriften oder Karrikaturen gegen Napoleon III. und seine Familie auf der Straße feil bieten. Man weiß noch nicht, welches Verfahren der Polizeipräfekt diesem frechen Auftreten gegenüber einschlagen wird. Jedenfalls wäre es aber wohl Zeit, daß man endlich diesem Cassagnac das Handwerk legt, der jeden Tag Todesdrohungen gegen die ausstößt, welche Louis Napoleon Bonaparte und Konsorten auf die ihnen gebührende Weise die Meinung sagen. Seit einigen Tagen hat das „Pays" auch Streit mit der „Opinion Nationale". In derselben erklärt nun heute Louis Jezierski, daß er bereit ist, sich mit Paul de Cassagnac zu schlagen, jedoch unter der Bedingung, daß das Duell mit Pistolen, von denen nur eine geladen ist, auf sechs Schritte Entfernung stattfinde. Jezieski meint, er würde sich für schrecklich albern halten, wenn er sich dazu hergebe, auf seine Unkosten der ehrenvollen Industrie des Herrn Paul de Cassagnac eine Reklame zu machen. Er kenne nicht das Waffenhandwerk und sei kurzsichtig, und, wenn es zum Duell kommen sollte, so will er, daß dasselbe ernst sei und daß die Chancen gleich seien. Paul de Cassagnac wird auf den Vorschlag wohl nicht eingehen, denn er tritt bekanntlich nur so keck auf, weil er dem Rathe seines Vaters zufolge ein Meister in der Fechtkunst geworden ist. Unter denen, welche Händel mit ihm hatten, war nur einer stärker, als er, nämlich der bekannte Lullier. Diesen forderte er aber auch nicht, sondern verklagte ihn beim Gerichte, als er ihn eines Tages auf dem Redaktionsbureau des „Pays" ohrfeigte.

Paris, 29. September. Die Rede Gambetta's hat in Paris ungewöhnliches Aufsehen erregt, und zwar um so mehr, als, bevor der Wortlaut derselben bekannt wurde, man behauptet hatte, daß er darin mit Thiers vollständig gebrochen und Dinge gesagt habe, die Vermersch's und Felix Pyat's würdig seien. Das, was Gambetta vorbrachte, ist nun aber eigentlich keineswegs sehr stark. Daß die Blätter, und besonders der grenobler Korrespondent der „Daily News" aus seinen Worten auf einen Bruch mit Thiers schlossen, ist auch nur dem Umstande zuzuschreiben, daß Gambetta die jetzige Versammlung unter allen Umständen beseitigt haben will, während man glaubt, daß Herr Thiers sich dazu herbeilassen will, mit der versammelten Kammer die definitive Republik zu konstituiren. Sollte Letzteres wirklich der Fall sein, so hat Gambetta's Rede jedenfalls Wichtigkeit, da er dann sicher mit dem Präsidenten in Zwiespalt gerathen muß, und man sich um so mehr auf weitere Ereignisse gefaßt machen dürfte, als bei einem solchen Kampfe der Ex-Diktator einen bedeutenden Theil des Landes auf seiner Seite haben könnte. Gambetta schloß seine Rede, indem er erklärte, daß man noch einige Monte Geduld haben müsse. Von den versailler Leuten könne man nichts erhoffen und man müsse sich an das allgemeine Stimmrecht wenden. Dieses werde eine Versammlung nach Paris senden, welches man so sehr verleumdet hat.

Die Homburger Spielbank, obwohl in den letzten Zügen liegend, verschmäht es nicht, für sich in den französischen Blättern Reklame zu machen. So erzählt heute der „Figaro" folgende Räubergeschichte:

„Der Kommandeur Bugeja von Malta war vor einigen Tagen mit einem Einsatz von 2000 Frcs. nach Homburg gegangen und hat es zuwege gebracht, gleich am ersten Tage an der Bank, ohne auch nur einmal zu verlieren, einen Gewinnst von 125,000 Frcs. zu erzielen. Das ist aber noch gar nichts. Unser Edelmann von Malta kündigt stets das Ergebniß in Voraus an; so meldet er eine Serie von 11 Schwarz, worauf er plötzlich auf Roth überging, welches in der That gewann. Wie groß war aber erst das Erstaunen der Anwesenden, als Bugeja dann auf Schwarz setzte, indem er ankündigte, daß als erste Karte eine schwarze Drei und als letzte eine rothe Sieben aufgelegt werden würde, was wirklich in Erfüllung ging. Man wird sich jetzt nicht mehr wundern, zu hören, daß der Kommandeur Bugeja seitdem ein Millionchen eingestrichen habe.

Italien.

Dem römischen Korrespondenten der „Daily News" zufolge, ist es unrichtig, daß Kardinal Antonelli zur Zeit der Berliner Zusammenkunft den Kardinal Hohenlohe brieflich ersucht habe, wegen der Nachfolge auf dem päpstlichen Stuhle mit den Monarchen Rücksprache zu halten. Kardinal Hohenlohe habe seit der Weigerung des Papstes, ihn als deutschen Botschafter zu empfangen, nur den einen Brief Antonellis erhalten, in welchem der Wunsch des Papstes ausgesprochen war, Hohenlohe möge nach Rom zurückkehren. Der Kardinal habe darauf Erlaubniß erbeten, seiner Gesundheit wegen den Sommer und Frühherbst in Deutschland zubringen zu dürfen, worauf der Papst ihm geantwortet habe, es stehe ihm frei, in Deutschland zu bleiben. Kardinal Hohenlohe wird vor Ende Oktober auf seiner Villa in Tivoli erwartet.

Man schreibt der „Gazzetta von Spezzia", und sie berichtet es mit Vorbehalt, daß die italienische Regierung den Gedanken, auf der Insel Borneo eine Strafkolonie zu gründen, jetzt zur Ausführung bringen will. Die Cambria und Città di Napoli, welche in dem Arsenal

von Spezzia mit großem Eifer ausgebessert werden, sind für den Transport der Sträflinge ausersehen, und die Korvette „Magenta" wird sie begleiten und bei der Kolonie stationiren; ein Bataillon Marine=Infanterie wird die Besatzung bilden.

Türkei und Donaufürstenthümer

Ein Brief aus Pera in der A. A. Z. giebt folgende interessante Schilderung der Revolution, welche die Einführung des Tabakmonopols in der Türkei hervorgerufen hat:

Es sind heute gerade acht Tage verflossen, daß die Tabaks=Regie in Konstantinopel ins Leben trat, und es dürfte wohl nur wenige Beispiele in der Geschichte geben, daß ein Institut in so kurzer Zeit eine solche Summe von allgemeinem Haß sich zugezogen hätte. In der Türkei spielt der Tabak eine ganz andere Rolle als im übrigen Europa; während er anderswo ein reiner Luxusartikel ist, ist er hier geradezu ein unentbehrliches Lebensbedürfniß geworden; hier, wo man keine Theater, Konzerte, Kasinos, Klubs, öffentliche Promenaden kennt, wo Wein und Spiel für einen großen Theil der Bevölkerung durch die Religion verboten sind, wo im Sommer die Hitze und der Staub, im Winter der Koth das Spazierengehen verleiden, bleiben Kaffee und Tabak die einzige Erholung für Groß und Klein. Die Regierung hat nun den Tabak monopolisirt und das Monopol einer Kompagnie von Banquiers für 400,000 Lire (2,400,000 Thaler) überlassen, und die Kompagnie hat angefangen, in rohester Weise ihr Monopol auszuüben. Sämmtliche Preise, die schon vorher hoch genug waren, sind um das Fünf= bis Sechsfache erhöht worden; Tabak, der sonst zum Beispiel 60 Piaster per Okka (also etwa 1½ Thlr. per Pfund) kostete, kostet jetzt 200 bis 250 Piaster; dabei wird statt der Okka zu 400 Drachmen nun ein Kilogramm zu 312 Drachmen gegeben, also ein weiterer Betrug von 22 Prozent. Endlich wird der Tabak der Regie in versiegelten Packeten abgegeben, so daß Niemand die Waare vorher prüfen kann; es hat sich außerdem ergeben, daß bei der Präparirung des Tabaks gesundheitsschädliche Substanzen angewendet werden. Die Erbitterung des Publikums führt daher täglich zu den gewaltsamsten Auftritten; mehrere Verkäufer, welche nicht Lust hatten, sich im Interesse der Kompagnie halb todt prügeln zu lassen, haben ihre Buden geschlossen; andere sind von dem Pöbel mißhandelt worden, in Skutari haben türkische Weiber zwei Verkäufer ins Wasser geworfen, acht Menschen wurden bereits in Folge des Monopols ermordet. Aufgeschreckt durch diese Auftritte, erließ die Regie am 16. d. M. eine Bekanntmachung, worin sie schleunige Abhilfe versprach und das Publikum bat, die Schwierigkeiten der ersten Einrichtung zu erwägen. Indessen gehen die Anmaßungen dieser sauberen Bande noch viel weiter. Nicht zufrieden damit, an der Grenze des Rayons, der ihr Monopol umfaßt, ein Heer von Wächtern und Kontroleuren aufzustellen, halten sie sich für ermächtigt, Jedermann, der mit irgend einem Packet über die Straße geht, anzuhalten und zu durchsuchen und dabei mit der größten Brutalität zu verfahren. Ein Beamter der deutschen Gesandtschaft hat ihnen indessen bedeutet, daß sie dazu keinerlei Befugniß haben, und der Verwaltungsrath fand es für angezeigt, ihn in Ruhe zu lassen. Außer der deutschen haben auch noch andere Gesandtschaften, z. B. die österreichische, der Pforte angezeigt, daß sie sich durchaus nicht für verpflichtet erachten, einzuschreiten, wenn irgend einer ihrer Schutzbefohlenen Gewalt mit Gewalt abwehre. Das Publikum aber, welches an diesen Auftritten keinen Theil nimmt, übt einen gewissen passiven Widerstand aus; einige haben sich auf Monate lang vorher mit Tabak versorgt; Andere greifen zu europäischen Zigarren, welche von dem Monopol ausgeschlossen sind; noch andere haben dem Tabak gänzlich entsagt, und das dafür bisher ausgegebene Geld zur Errichtung von Schulen bestimmt. Die Kompagnie selbst aber, welche schon jetzt zur Ueberzeugung gekommen ist, daß sie schlechte Geschäfte machen wird, hat sich bei dem Großvezir bemüht, eine Aufhebung des Monopols zu erwirken und um Schutz gegen die eingelaufenen Drohbriefe angehalten. Der Großvezier hat ihr auch versprochen, daß er Jeden, der ein Mitglied der Kompagnie ermorden würde, aufknüpfen lassen werde. Mit diesem kräftigen Trost mußten sich die Herren begnügen.

Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe.

T. München, 25. September.

In der Sektion für Acker= und Wiesenbau kam gestern die Frage der Dampf=Bodenkultur zur Verhandlung.

Prof. Werner aus Poppelsdorf als Referent wies auf die Wichtigkeit der gründlichen Erörterung dieser Frage hin, da zur Zeit der letzten Versammlung in Breslau erst ein Fowlerscher Dampfpflug nach dem 2=Maschinen=System in Deutschland vorhanden gewesen, während schon jetzt, trotz der Kriegsjahre 32 solche Apparate zu verzeichnen seien. Es repräsentiren diese Maschinen ein Kapital von etwa einer halben Million Thalern und eine Kraft von 1000 Pferdekräften. Er freue sich, daß der Dampfpflug nicht eine rein englische Erfindung sei, denn gerade deutscher Genius habe einen großen Theil daran Max Eyta und Richard Töpffer seien seit mehr als 10 Jahren im Verein mit Fowler an der Entwickelung thätig. Alle Berichte der Besitzer und der Benützer von Dampfpflügen stimmten überein, daß die Qualität und die Möglichkeit der Rechtzeitigkeit der Ausführung der Arbeit also namentlich Herbstkultur unabhängig von Witterungs=Verhältnissen und Dürre von unberechenbarer Bedeutung wären Mit besonderen Instrumenten z. B. dem Kaiser ließen sich, wie in Annaberg, Konglomerate im Untergrund, Steine und Wurzeln heben, also Meliorationsarbeiten ausführen. In Meppen pflüge man die Haiden mit Dampf, so zwar, daß der Orthstein vollständig durchbrochen und gehoben wird und für die Forstleute hierdurch auf den ungeheuren Norddeutschen Haiden eine neue Aera der Kultur beginne Bestimmte Erfahrungen lägen jetzt vor über Mehrerträge in Folge der Dampfkultur, sowohl beim Rübenbau als beim Cerealienbau. Die Tiefkultur würde erst durch Dampf wirklich ermöglicht. Redner ging auf das Lohnpflügen über und zog aus dem Faktum, daß vor 2 Jahren das Lohnpflügen bei Magdeburg 3½ Thlr. und jetzt 5—6 Thlr. bei 14 Zoll Tiefe koste, den Schluß, daß die Nachfrage größer geworden und die Landwirthe mit den Versuchen zufrieden gewesen wären. Es gäbe Lohnpflüge=Gesellschaften im Oderbruch, Artern, Dahlenwarsleben, ferner Unternehmer wie Heucke, Mehring, Dehne in Sachsen, Eisbein am Rhein u. A. Uebergehend auf die Frage der Kosten der Dampfkultur hob Referent hervor, daß solche durch lokale Verhältnisse bedingt würden. Die Beschaffenheit des Bodens, die Arbeiter=Verhältnisse und die Kohlenpreise müßten in Rechnung gezogen werden. Die indirekten Vortheile der Dampfkultur ließen die etwaigen Mehrkosten bei schwierigen Verhältnissen verschwinden. Uebergehend zur Frage, welches System von Dampfpflügen ist das empfehlenswerthere, hob Referent hervor, daß Fowler auf den letzten großen Prüfungen der Royal Agricultural Society of England alle anderen Konstruktionen besiegt und zwar in den kleinsten wie in den größten Systemen. Früher habe Howard Prämien für kleine Apparate errungen, diesmal seien nur Fowlersche Systeme prämiirt worden und zwar habe er von 18 Preisen 12 bekommen. Das Fiskensche System, wenngleich billig, sei nicht zweckmäßig. Es sei das Fowlersche Zwei=Maschinen=System, welches für Deutschland fast überall geeignet wäre und zwar die Apparate mittlerer Größe von 14 Pferdekraft. Solche mit einfachen Dampfzylindern statt doppelten hatten sich neuerdings am Besten bewährt.

In England findet der Dampfpflug schon so viel Anklang, daß die Times sich vor einiger Zeit veranlaßt sah, das Prognostikon zu stellen, „daß binnen kurzem mehr Geld für Dampfpflüge als für Eisenbahnen in England auf dem Geldmarkte zur Disposition stehen dürfte." Redner schließt, indem er sagt, er empfehle die Worte des Herrn Töpffer bei Gelegenheit der Breslauer Versammlung der dringenden Beherzigung; sie lauten: Meine Herren! Weisen Sie den Maschinen möglichst alle viel Kraft erfordernde Arbeit an; bilden und nützen Sie die Verstandeskräfte Ihrer Arbeiter zur Leitung der Maschinen aus; verwenden Sie die geschonten Kräfte Ihrer Zugthiere dazu, heranzuschaffen, was hierzu nöthig ist und Sie werden Sich und der Menschheit große Dienste geleistet haben! (Bravo.)

Inspektor Hoffmann der Zuckerfabrik Waghäusel gab an, daß er mit einem Fowlerschen Dampfpflug operire und Alles was zu Gunsten der Dampfkultur erwähnt worden, bestätigen könne. Redner gab eine genaue Berechnung aus seinen Wirthschaftsbüchern der Kosten von Gespannarbeit gegenüber der Dampfkultur und fand die letztere billiger. Er bedauerte, daß diese Kulturmaschinen mit einem so hohen Einfuhrzoll, ca. 1000 Thaler auf einen Pflug, belastet seien.

Herr Gust. Ad. Toepffer, Stettin, Repräsentant der Fowlerschen Fabrik, der mit seinem Sohne sich 12 Jahre lang mit der Dampfkultur beschäftigte, betonte den volkswirthschaftlichen Nutzen der Dampfkultur bei dem Mangel an Arbeitskräften. Er empfahl die Bildung von Kommissionen nach dem Beispiel der Royal Agricultural Society of England zur Untersuchung der Dampfpflug=Wirthschaften an Ort und Stelle und Berichterstattung darüber, denn Verzug in der Einführung der Dampfkultur sei effektiver Nachtheil für die deutsche Landwirthschaft. Es seien auch schon Beispiele genug vorhanden, welche beweisen, daß nicht nur die Rübenbaudistrikte, sondern auch die auf Cerealienbau angewiesenen Gegenden, großen Vortheil aus der Anwendung der Dampfkultur zu ziehen vermöchten.

Ingenieur Pieper empfahl die Bildung von Dampfkultur=Assoziationen und führte an, daß solche in England bereits 15 bis 30 Prozent Dividende zahlten. Auch er empfehle Fowlers Maschinen vom technischen Standpunkte des Maschinenbauers, da Howard immer noch an abnormen Neuerungen laborire. Die Fowlerschen Maschinen seien solide und dauerhaft konstruirt.

Bei Beginn der heute fortgesetzten Debatte resumirte Herr Prof. Blomayer, Präsident der Sektion, über die gehaltenen Vorträge und ertheilte dann das Wort Herrn Landrath Rimpau, welcher in längerem Vortrage den praktischen Standpunkt beleuchtete Steine im Boden, sowie Bergabhänge seien Schwierigkeiten, bei denen Vorsicht geboten sei. Er empfahl, die Gestalt der Felder den Seillängen der Dampfpflüge anzupassen, sowie gute Wege, Brücken und Brunnen zur Speisung der Maschinen herzustellen und nicht zu schwere Maschinen anzuwenden. Auch er erkenne in der besseren und rechtzeitigen Arbeit und erhöhten Erträgen, namentlich auf schweren Böden, in der Möglichkeit der Beschränkung der Gespannkräfte, die auch nicht mehr übermäßig angestrengt zu werden brauchten, große Vortheile. Bei Berechnung der Kosten der Gespann=Kulturen dürfe man nie vergessen, die Verluste und Versäumnisse durch Klauen= und Lungenseuchen zu buchen. Er glaube, der Dampfpflug würde die Zugochsen vertreiben. Er selbst beabsichtige für nächstes Jahr einen Dampfpflug zu kaufen. Prof. Blomayer glaubt, daß die Frage der Dampfkultur für die Folge auf der Versammlung eine stehende werden würde. Die Dampfkultur sei freudig zu begrüßen und die Erfahrungen würden alle Schwierigkeiten überwinden helfen. Die Dampfkultur habe die Lebendigkeit des Bodens der Atmosphäre gegenüber und wirke nach den Liebigschen Gesetzen der Stoffersatzwirthschaft.

Herr Gust. Ad. Toepffer dankt Herrn Landrath Rimpau für seine bereitwillige Förderung bei Gelegenheit der Einführung der Dampfkultur in Sachsen, glaubt aber kein so großes Hinderniß als Rimpau in dem Vorhandensein von Steinen im Boden zu erblicken. Auch er warne vor der unrichtigen Anwendung von Dampfpflügen, da hierdurch die schnelle Einführung gehemmt werde. Das Herausbrechen von Steinen sei eine Meliorationsarbeit, die am billigsten mit Dampf geschehe. Das Versinken der Maschinen verhüte man jetzt durch Verbreiterung der Fahrräder an denselben. Dr. Tehmann berichtet über die Versuche, die der Herzog von Arenberg in Meppen mit dem Dampfpfluge zur Kultur der Haideflächen mache. Er habe gesehen, daß dort mit dem Dampfpfluge der Boden 21 Zoll tief umgepflügt und dann noch 8 Zoll tief mit einem Grebberzahn gelockert wurde. Hierdurch wurde der Orthetein, eine eisenhaltige Schicht, die sonst jede Vegetation vereitle, durchbrochen; und damit sei die Möglichleit gegeben, die vielen Hundert Tausende von Morgen Areals die seit unendlicher Zeit eine Wüste in Norddeutschland seien, für die Forstkultur und den Ackerbau herzurichten.

Ingenieur Pieper verliest eine Anzahl Briefe von Besitzern von Dampfpflügen, die fast in jeder Hinsicht günstiger über die Dampfkultur berichteten. Er empfiehlt im Künftigen Berechnungen nur per Hektar zu machen. — Herr Hoffmann bittet seine Rechnungen über Gespann und Dampfkultur zu prüfen. — Dr. Herth, Heidelberg hält die Dampfcultur für kleine Wirthschaften für unzweckmäßig. Redner behauptet unter großem Widerspruch, die Drillkultur sei auch übertrieben gelobt worden.

Landrath Rimpau rühmt das Grebbarn als Vorarbeit zur Viehkultur. Grebbarn allein jedoch, ohne nachheriges Pflügen, befördere das Unkrautwesen und die Insekten.

Prof. Dr. Kiel hat den Dampfpflug in Essex in England auf sehr coupirtem Terrain arbeiten sehen. Ein Freund von ihm habe dort 7 Apparate. In Wolverhampton habe er gesehen, daß durch eine Schlucht gepflügt sei, wo die Zuschauer unter dem Zugseil hindurch geritten wären. Dennoch sei die Arbeit in den schweren Boden vorzüglich gewesen. Englische Landwirthe hätten ihm das Miethesystem gerühmt, weil sie dadurch das Anlage Capital ersparten, weniger Risiko hätten und die Maschinisten nicht zu kontroliren brauchten. Aus den Büchern von Vermiethern habe er ersehen, daß ihnen ein guter Nutzen aus ihren Unternehmungen verbliebe. Sie rechneten dabei auf eine Durchschnittsleistung von 4—500 Hectaren p. Jahr. Redner theilt mit, daß der Rheinische=Aktien=Verein für Zuckerfabrikation in Cöln, der schon mit 4 Dampfpflügen arbeite, in diesem Herbst Versuche mache, die Zuckerrüben und Kohlenfuhren mit einem Fowlerschen Straßen=Lokomotive zu leisten, auch in Prenzlau wäre ein solcher Versuch im Werke. In Elberfeld gehen schon seit dem Sommer eine Straßen-Lokomotive auf sehr koupirtem Terrain für industrielle Zwecke. Betreffs der Dauerhaftigkeit der Dampfpflug=Maschinen führt Redner an, daß er die Maschinen die Fowler 1865 in Stettin und Cöln ausgestellt hatte, in Essex 1871 im Betriebe wiedergesehen habe und sie seien im besten Zustande gewesen

Noch einigen Worten des Referenten Prof. Werner aus Poppelsdorf wurde die interessante Verhandlung die fast ausschließlich gestern und heute die Sektion beschäftigte, geschlossen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 2. Oktober.

— Die „Gaz. Tor." veröffentlicht heute einen an den Herrn Minister Gr. Eulenburg per Telegraph gesendeten Protest der Herren Leo und Emil v. Czarlinski gegen die von der Westpreußischen Landschaft beschlossenen Ueberweisung von 10,000 Thlrn. zur Säkularfeier und 2000 Thlr. zu der in Bromberg zu gründenden Gewerbeschule. Der Protest lautet:

Am 29. Mai hat der General=Landtag der Westpreußischen Landschaft beschlossen, aus landschaftlichen Fonds 10,000 Thlr. zur Säkularfeier zu Marienburg und 2000 Thlr. zu der in Bromberg zu begründenden Gewerbeschule den betreffenden Komites zu überweisen. Unterzeichnete sehen sich veranlaßt, gegen diesen erst heute bekannt gewordenen Beschluß Protest zu erheben, weil ein dahin abzielendes Proponendum den Kreistagen nicht vorgelegen hat. Ew. Excellenz bitten wir gehorsamst, durch Inhibirung der Verwendung der Gelder zu gedachten Zwecken unserem Rechte Geltung zu verschaffen. — Leon v. Czarlinski — Zakrzewko. Emil v. Czarlinski — Brachnowko.

— Die neue Brücke auf der Bahnhofsstraße soll, wie man hört, bereits am 16. November d. J. dem Verkehr übergeben werden. Es würde damit endlich wohl die Zeit des schrecklichen Provisoriums vor dem Berliner Thore ihr Ende erreichen!

— **Die Brücke über die Brahe** auf der Bromberg=Inowraclaw=Posener Eisenbahn ist im Mauerwerk fertig, nur an dem Abputz wird noch gearbeitet. Die Brücke nimmt in ihrem ganzen Grundriß eine Länge von 74,68 Meter ein, die Breite mit Flügeln beträgt 22,80 Met., die Höhe 19 Met. Sie ruht auf 4 querlaufenden Pfeilern mit 3 Mittel= und zwei Seitenbogen. Die Mittelbogen haben einen Durchmesser von je 12,56 Meter, die Seitenbogen 5,64 Meter. Die Maurerarbeiten der Brücke sind von den Herren Maurermeistern Rose und Weihe im Laufe dieses Sommers ausgeführt worden. Die Brücke selbst kann dem Eisenbahnverkehr erst dann übergeben werden, wenn die Kiesschüttungen auf beiden Ufern und auf der Brücke selbst, sowie die Arrastgements auf dem Bahnhofe und vor demselben beendigt sein werden. Bis dahin benutzt die Posener Bahn die Brücke und Stränge der Ostbahn. Später soll die Oberschlesische (Posener) Bahn übergehen und die neue Brücke an die Ostbahn abgetreten werden. (Bromb. Z.)

— **Das neue Schulhaus** auf der Kl. Ritterstraße wird Dienstag den 15. Oktober d. J. eingeweiht werden.

— **Am Mariengymnasium** war im letzten Semester die Sekunda so überfüllt, daß der Direktor der Anstalt sich genöthigt sah, an betr. Stelle auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, diese Klasse in zwei Parallelklassen zu theilen. Durch Vermittelung der k. Regierung hat den auch, wie polnische Zeitungen mittheilen, der Direktor seitens des Hrn. Kultusministers den Bescheid erhalten, daß derselbe mit dieser Theilung vollkommen einverstanden sei, daß gegenwärtig jedoch die erforderlichen Fonds dazu mangeln, und er sich bemühen werde, dieselben in kürzester Frist zu beschaffen.

— **Verkäufe.** Das v. Mycielskische Grundstück, Ecke der Langenstraße und Fischerei, auf welchem sich bisher nur ein Garten befand, ist für 20,000 Thlr. an die Herren Professor Dr. Szafarkiewicz und Pfitzner verkauft worden. Wie man hört, beabsichtigen dieselben, dieses über zwei Morgen große Grundstück, welches zwei lange Fronten hat, in Bauplätze zu parzelliren. — Das Grundstück der Herren Dittrich, Friedel und Peterssen (früher Schmidtsches Grundstück) auf der Mühlenstraße ist, wie man hört, an einen Kaufmann aus Murowana=Goslin für 63,000 Thlr. verkauft worden.

— **Die Herrschaft Chocieszewice** im Kreise Kröben, bestehend aus 12 Gütern im Werthe von ca. einer Million Thalern, hat nach Mittheilung polnischer Zeitungen der Graf Th. Mycielski seinem ältesten Sohne, dem Grafen Ignaz zu Smogorzewo, gleichfalls im Kreise Kröben, unter der Bedingung abgetreten, daß derselbe aus dieser Herrschaft ein Majorat errichte.

— **Im Handwerkerverein** hielt am Montage Hr. Mechanikus Förster einen Vortrag über neuere Beleuchtungsstoffe und Beleuchtungs=Apparate. Derselbe wies zunächst auf die Beleuchtungs=Apparate alter Art, die Anwendung des Glas=Cylinders (seit Mitte vorigen Jahrhunderts), auf die dann folgende Erfindung der sogenannten Studirlampe (mit besonderem Oelreservoir), die i. J. 1786 erfundene Argandsche Lampe (mit Cylinderdocht), die Carcelsche Uhrlampe, die Schiebelampe (vor 30 Jahren erfunden), die Moderateurlampe und die neueren Photogen=, Kamphin= u. Petroleumlampen hin. Man kann nun, wie dies durch ein Experiment gezeigt wurde, dem Petroleum eine ganz bedeutend größere Leuchtkraft geben, wenn man von innen her in den Cylinderdocht Sauerstoffgas hineinleitet. Da dies Gas jedoch, auf gewöhnliche Weise hergestellt, zu theuer ist, so wendet Philipps in Köln zu dessen Erzeugung Kupferchlorür an, während Tessin du Motay durch Einpumpen von Luft in Wasser eine sehr sauerstoffreiche Luft gewinnt. In Amerika wird das Sauerstoffgas bereits fabrikmäßig hergestellt und sehr häufig, meistens auf 20 Atmosphären komprimirt, angewandt. Der Vortragende führte nun weiter das hell leuchtende Magnesiumlicht vor, erklärte den Bunsen'schen Gasbrenner zum Kochen, zeigte, wie eine gewöhnliche Argand'sche Gasflamme bedeutend heller brennt, sobald durch einen Sparer von Marienglas, welchen man auf den Zylinder legt, der Luftzug vermindert wird, produzirte dann eine durch Hineinleitung von Sauerstoffgas hell leuchtende Gasflamme, sowie das sehr hell strahlende Drumond'sche Kalklicht, und führte zum Schlusse eine sogenannte Gasstofflampe vor, deren Licht sich zur Erleuchtung von Korridoren ꝛc. ganz gut eignet. Die vorgeführten Experimente waren sämmtlich sehr gut gelungen.

— **Zwischen dem polnischen Theaterdirektor** Herrn Sarnecki und Herrn Theaterdirektor Schäfer, dem Pächter des Stadt= und Saison=Theaters, ist, wie polnische Zeitungen mittheilen, in Betreff des Geldpunktes folgendes Abkommen getroffen worden: Herr Sarnecki zahlt an Hrn. Schäfer am 1. Oktober d. J. 660 Thlr. und cedirt demselben für die restirenden 1200 Thaler Pacht (für die Wintersaison) die Subvention, welche er vom Aufsichtsrath des polnischen Theaters erhält, zahlbar in monatlichen Raten; außerdem hat Hr. Sarnecki am 1. November d. J. noch eine Kaution von 150 Thlr. zu entrichten.

— **Auf der Bahnhofsstraße** herrschte am Sonntage wieder einmal große Finsterniß, trotzdem 6 Laternen mit Petroleumlampen extra angebracht waren. Ganz besonders dunkel war es in der Nähe des Oberschlesischen Bahnhofs, wo ein Theil der Gaslaternen, vermuthlich wegen unterlassener Reinigung der Brenner, gar nicht brannte, ein anderer Theil sehr dürftig leuchtete, da die Scheiben wegen des darauf haftenden Schmutzes sehr wenig Licht durchließen.

— **Desertirt** sind: Der Füsilier Fr. W. Pflaum vom Westph. Füsilier=Regt. Nr. 37, gebürtig im Kr. Bomst, aus seinem Kasernement Prittwitz=Gaffron (Posen) am 13. Sept. d. J.; der Füs. Andr. Stankiewicz vom 3. Niederschl. Inf.=Regt. Nr. 50, gebürtig im Kr. Kosten, aus Rawicz am 2. Sept.; der Unteroff. M. Langer vom 3. Niederschl. Inf.=Reg. Nr. 50, gebürtig in Neustadt O./Schl., aus der Garnison Posen; u. der Gren. F. Kobylinski vom 2. Pomm. Gren.=Regt. Nr. 9, gebürtig in Radojewo (Kr. Posen), aus der Garnison Stettin.

— **Ein Obdachloser.** Montag Morgens wurde von der Polizeibehörde ein hiesiger Arbeiter auf der Teich=Straße aufgefunden, woselbst er sich, nachdem er seine frühere Wohnung heimlich verlassen, auf offener Straße mit Weib, Kind und sämmtlichem Mobiliar häuslich einzurichten suchte. Vorläufig ist ihm ein leerstehendes Spritzenhaus als Wohnung angewiesen, und aufgegeben worden, sich binnen 24 Stunden ein anderes Unterkommen zu verschaffen.

Polizeiliche Mittheilungen. Am Sonnabend kam einem hiesigen Steinsetzer ein werthvoller Hund abhanden, den derselbe Tages darauf am Alten Markte im Besitz eines Unbekannten antraf. Während nun ein Freund des Steinsetzers, welcher denselben begleitete, den Hund fortführte, fiel der Hundedieb über den Steinsetzer her und zerschlug ihn mit den Fäusten dermaßen, daß derselbe, aus mehreren Wunden blutend, zu Boden stürzte. Erst das Einschreiten des Publikums und eines Polizeibeamten konnte ihn vor größeren Mißhandlungen bewahren. Unterdessen hatte der Hundedieb Gelegenheit gefunden, im Gedränge zu entkommen. — In zwei Destillationslokalen, auf der Gr. Gerber=Str. und auf St. Martin, wurden Sonntags Nachmittags Gäste, welche dort verkehrt hatten, von den Wirthen, resp. Schänkern herausgeworfen, und dadurch an beiden Stellen ein Straßenauflauf verursacht. In einem dritten derartigen Lokale, auf der Wasser=Str., entstand zu derselben Zeit eine Rauferei zwischen den Gästen, wobei der eine derselben eine Kopfwunde erhielt. — Eine Dame verlor am Sonntage ein Portemannaie mit 50 Thlr, welches ein Knabe fand und seiner Mutter, der Besitzerin einer Spielwaarenbude, überlieferte. Dies hatten Zeugen mitangesehen und jener Dame mitgetheilt. Als dieselbe nun die Händlerin aufforderte, ihr das Portemonaie zurückzugeben, leugnete diese den Besitz desselben ab Erst als ein Schutzmann hinzukam, und das Portemonnaie in der Bude zu den Füßen der Händlerin fand, ließ diese sich zu einem Geständniß herbei, und wurde darauf das gefundene Objekt der Dame zurückgegeben. — Sonntag Abends wurden aus der großen Glücksradbude (holländischen Pfefferkuchenbude) am Alten Markt 100 Thlr., und aus einer anderen Bude ein Portemonnaie, zwei Cigarrentaschen und diverse andere Gegenstände gestohlen.

Vor einigen Tagen wurde einem Mädchen aus unverschlossener Wohnung am Alten Markt eine neue Petroleumlampe gestohlen. — Ein hiesiger Spediteur gab am Montage seinem Hausknecht, einem früheren Fleischergesellen, den er erst vor Kurzem in Dienst genommen, 105 Thlr. behufs Bezahlung einer Frachtrechnung auf dem Oberschlesischen Bahnhofe. Der ungetreue Haushälter hat diese Summe unterschlagen und sich bisher noch nicht wieder eingestellt. — Am 24. v. M. wurde zweien Fornalfrauen zu Annahof (bei Owinsk) eine Menge Kleidungsstücke, sowie ein Betrag von 2 Thlr. durch ein 19jähriges Dienstmäd=

Fortsetzung in der Beilage.

Tagesübersicht.

Posen, 2. Oktober.

Der gestrige Quartalswechsel ist auch für die Politik von Bedeutung gewesen, indem er neue Verhältnisse einleitete. Die neue Grundbuchordnung für Preußen hat begonnen, dem „kleinen Ermländer" sind zum ersten Male die Temporalien gesperrt worden, und er muß sich bis auf Weiteres mit den „Spiritualien" begnügen; und — im westlichsten Theile des Reiches ist gestern die Frist für die Optionserklärungen abgelaufen und die — Rekrutenaushebungen können im Elsaß beginnen. „Gott sei Dank, daß wir so weit sind" ruft die „Nat.-Ztg." aus, und wir stimmen mit ein; wir wollen uns dieses freudige Gefühl heute nicht durch Betrachtungen darüber trüben, ob diese Optionen in Szene zu setzen und für den sonst bei Annexionen mißbrauchten suffrage universel eine Art Ersatz zu gewähren denn eine Nothwendigkeit war, und ob es gut war, den Termin soweit hinauszuschieben. Die Friedenspräliminarien von Versailles zu vereinbaren und den Frankfurter Frieden zu schließen, war eine so schwere Aufgabe und sie ist im Großen und Ganzen so gut gelöst worden, daß es kein Wunder wäre, wenn in Einzelheiten gefehlt ist, und jedem Verständigen der Muth fehlen muß, als Tadler aufzutreten.

Gestern haben in Berlin die Berathungen des Staatsministeriums über die dem Landtage zu machenden Vorlagen begonnen. Außer dem Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck scheint uns Graf Eulenburg nicht Zeit gefunden zu haben, dieser Sitzung beizuwohnen, denn wie die „Kreuzztg." gestern mittheilte, riefen ihn, als er am 29. aus Westpreußen zurückkehrte, seine Domherrnpflichten eiligst nach Brandenburg. Ob der Herr Domherr dort am Quartalswechsel seine Temporalien erhoben hat, verschwieg das Blatt des Herrn Philipp v. Nathusius. Jedenfalls scheint die Kreisordnung nicht auf der Tagesordnung der gestrigen Berathung gestanden zu haben. Dem Landtag scheint übrigens eine recht arbeitsvolle Campagne in Aussicht zu stehen, denn wenn alle die Gegenstände in der nächsten Session als Gesetzentwürfe erscheinen, welche bereits von einzelnen Korrespondenten genannt worden sind, so kommt eine hübsche Don-Juan-Liste von Vorlagen zusammen. Die Grenzregulirung zwischen Staat und Kirche dürfte jedenfalls in dieser Session einen Schritt vorwärtsthun, denn an einen Umschwung glauben wir nicht, obwohl der ultramontanen „Köln. Volksztg." aus Berlin von „sehr glaubhafter" Seite berichtet wird, daß unser Kronprinz bei seiner jüngsten Anwesenheit in Stuttgart zu einer sehr hochgestellten Persönlichkeit sich geäußert habe: „Mit der Hetze gegen die katholische Kirche muß es nun doch bald zu Ende gehen . . . sie thut nicht gut; der religiöse Friede, wie ich ihn hier zu Lande herrschend gefunden, ist den neugegründeten Zuständen von größerem Segen, als die schon tief genug klaffende Wunde der Unzufriedenheit und religiöser Aufregung, wie sie aus den Rheinlanden und aus Westfalen gemeldet wird." Einen anderen Schreckschuß bringt die altliberale Kollegin in Köln, indem sie folgende berliner Korrespondenz aufnimmt: Seit der Veröffentlichung des Schriftwechsels mit dem Bischofe von Ermeland und der gegen diesen verhängten Maßregeln sollen Intriguen ohne Zahl gegen den Kultusminister angezettelt werden. Der Augenschein lehrt, daß sie sich ohnmächtig erweisen müssen.

Nach den „Dresdener Nachrichten" wird der König von Bayern zu der am 10. November stattfindenden goldenen Hochzeitsfeier des sächsischen Königspaares in Dresden erwartet und dort auch mit Kaiser Wilhelm zusammentreffen. Das den Dresdener Hofkreisen nahestehende Blatt spricht die Hoffnung aus, daß der König Ludwig jedenfalls kommen werde, da er in Dresden nicht zu fürchten brauche, als „Dekoration" dienen zu müssen, und daß sich aus dieser Begegnung des deutschen Kaisers mit dem Könige von Baiern eine Erneuerung des früheren herzlichen Verhältnisses zwischen beiden Souveränen ergeben werde. Ob der König Ludwig auf die jedenfalls ergangene Einladung zu dieser Familienfeier — die regierende Königin von Sachsen ist eine Halbschwester weiland König Ludwigs I. — bereits seine bestimmte Zusage ertheilt hat, ist aus den „Dresdener Nachrichten" nicht zu ersehen, die Abneigung des Königs gegen weite Reisen, namentlich außerhalb seines Landes, ist bekannt.

In diesen Tagen machte die von d'Arnould der „Patrie" mitgetheilten Aeußerung des Präsidenten der Republik von Frankreich viel von sich reden. Wir lassen es dahingestellt sein, ob sich Hr. Thiers wirklich so ausgelassen habe, wie die „Patrie" es in die Welt telegraphirte und druckte, da sie ja selbst nicht die Garantie für die Authentizität des ihr Mitgetheilten übernimmt. Immerhin können wir annehmen, daß der leitende Staatsmann Frankreichs das von ihm regierte Land noch lange nicht reif zur „Revanche" erachtet. Auch der Rücktritt des deutschen Gesandten, Grafen Arnim, von seinem Pariser Posten gab Stoff zu Zeitungsartikeln. Es hat sich herausgestellt, daß die Mittheilungen über diesen Gegenstand Erfindungen waren. Ein Diplomat tritt nicht zurück, weil ihm die Gesellschaft der Residenz nicht behagt, sonst würden wohl in Peking und an anderen Orten keine europäischen Diplomaten leben können. Man ist gespannt auf die Verhandlungen bei der nahe bevorstehenden Parlaments-Eröffnung. Sie werden interessant werden, weil sich die royalistischen Parteien unter der Fahne Chambords vereinigt haben sollen.

In Italien scheint sich, nach dem was der „Osservatore Romano" schreibt, ein politischer Umschwung vorzubereiten. Das Blatt meint, daß Frankreich immer der Staat bleiben wird, welcher den größten Einfluß auf die politische Zukunft Europas ausüben wird, wenn es sich nur erst aus seinem anormalen und precären Zustande herausgearbeitet haben wird. Die Gerüchte über den schwankenden Gesundheitszustand des Papstes, dem übrigens die geräuschvolle Feier des 20. Sept. unangenehm berührt hat, entbehren der Begründung.

Die Wahlen in Spanien, welche jetzt geprüft sind, haben der radikalen Partei ein bedeutendes Uebergewicht über alle andern gesichert; sie kann jetzt Alles durchsetzen; schon die Wahl Riveros zum Präsidenten zeigt dieses. Indessen Kammermajoritäten haben mehr Stellen, wo sie sterblich sind, als andere Wesen. Unter den Nachrichten über den Karlistenaufstand ist kaum etwas der Erwähnung werth; nur was man aus Perpignan meldet, daß eine 600 Mann starke Bande sich in der Umgegend von Aja gezeigt habe und auf Puigcerda hin marschire, um diese Stadt anzugreifen, hat einige Bedeutung. Die Angabe, daß Puigcerda schon von den Karlisten belagert sei, wird wohl aus der obigen Nachricht nur gefolgert sein. Die Stadt ist übrigens befestigt und wird sich jedenfalls halten können, bis Entsatz anrückt.

Die vereinigten Schweizer Bischöfe haben es nicht unterlassen können, für ihren Kollegen Mermillod Partei zu ergreifen. Sie machen gemeinschaftliche Sache mit ihm und schließen sich ihm an in der Vertheidigung des Rechts der Kirche, der gesetzlichen Bischofswürde und der katholischen Gewissensfreiheit. „Die Genfer Regierung, so sagen die Bischöfe, hat, nachdem sie die Freiheit der religiösen Genossenschaften verletzt, nachdem sie die freien Schulen der christlichen Schulbrüder und der barmherzigen Schwestern geschlossen, durch ihre neuen Anmaßungen und Willkürmaßregeln einen schweren Angriff auf die Verfassung der Kirche selbst gewagt. Das schweizerische Bischofthum kann dazu nicht stillschweigen; es ermuthigt Sie, gegenüber diesen Eingreifen fest zu bleiben. Wir beglückwünschen Ihre Predigten und die Katholiken des Kantons Genf, daß sie Ihnen bei diesem gesetzmäßigen Widerstande zur Seite stehen. Sie sollen wissen, daß Sie nicht allein stehen. Die Katholiken der Schweiz, der ganzen Welt und alle Freunde der Gerechtigkeit überhaupt werden mit Ihnen sein, weil Sie, den Worten der heiligen Schrift getreu, Gott mehr Gehorsam leisten als den Menschen. Wir geben Ihnen den zärtlichsten und brüderlichsten Gruß unseres Herzens, wenn wir Ihnen die Worte des heiligen Paulus an seinen theuern Timotheus zurufen: Führet den heiligen Glaubenskampf fort, arbeitet an der Erringung des Preises des ewigen Lebens, zu welchem ihr berufen, indem ihr ruhmreich vor einer Menge von Zeugen die Wahrheit verkündet." Also auch in der Schweiz wird jetzt von Seite der Bischöfe der Grundsatz geltend gemacht, daß man den Staatsgesetzen nur bedingten Gehorsam schuldig sei, und daß man die Bedingungen, unter denen man sich den Staatsgesetzen unterwerfen will, selber stelle.

In Oesterreich-Ungarn dürften die Plenarberathungen der österreichischen Delegationen bald beginnen, da die Arbeiten der Budget-Kommission fast vollendet sind. Der Heeresausschuß der ungarischen Delegation hat den Posten des Kriegsbudgets betreffend die Erhöhung des Präsenzstandes geprüft und soll sich der Minister Kerkapolyi gegen die Bewilligung dieses Postens, oder doch gegen die volle Einstellung desselben erklärt haben. Als er an den Berathungen über das Kriegsbudget Theil genommen, habe er noch kein vollständiges Bild der Sachlage gehabt. Die Offiziösen scheuen sich nicht, einen Minister als Ignoranten zu blamiren, wenn sie dadurch nur eine scheinbare Rechtfertigung herausschlagen. Wir halten von dieser Entschuldigung so wenig wie von der erneuten Versicherung, daß nach der Rückkehr der Minister von ihren Urlaubsreisen die Wahlreform wieder endlich in Angriff genommen werden wird. Was die äußere Politik Oesterreichs betrifft, so hat sie einen eminent friedlichen Charakter angenommen. Graf Andrassy, dieses erhellt aus seiner letzten Rede, hat ganz auf die Politik der „freien Hand" verzichtet und wird sich an die „Marschroute" binden, „die ihn auf den Frieden mit allen, vor Allem mit den Nachbarstaaten verweist."

In der Türkei sind die Verhältnisse noch immer wenig erquicklich. Die Finanzoperation mit dem Tabaksmonopole scheint vollständig Fiasko gemacht zu haben und wenn nicht alle Anzeigen trügen, so steht ein Feldzug gegen Montenegro nahe bevor. Zu blutigen Konflikten ist es schon gekommen.

---

chen gestohlen. Die Bestohlenen vermutheten, daß das Mädchen sich nicht nach der Heimath, sondern nach Posen begeben habe, und machten der hiesigen Polizei von dem Diebstahle Anzeige. Es gelang auch dem Schutzmann Martin, nicht nur die Diebin hier zu ermitteln, sondern auch die sämmtlichen gestohlenen Sachen wieder herbeizuschaffen. Das Geld jedoch war inzwischen verausgabt.

+ **Adelnauer Kreis**, 26. Sept. [Gauprämienschießen. Kircheneinweihung. Pocken. Feuer.] Am vergangenen Sonntag und Montag hatte die Schützengilde zu Ostrowo ein Gauprämienschießen in ihrem Schützenhause veranstaltet, zu dem auch auswärtige Schützen aus den umliegenden Städten erschienen waren. Zum Andenken an das Gauschießen wurden am ersten Tage drei silberne Medaillen ausgeschossen, welche für den besten Schuß die Herren: Destillateur Goldmann, Gefangeninspektor Sellnow und Gasthofbesitzer Schulz, sämmtlich aus Ostrowo, erhielten; letzterem wurde auch bei dem Prämien-Schießen die erste Prämie zu Theil. An beiden Tagen fand im Schützenpark Konzert und Abends im Saale Ball statt. — Gestern fand durch den General-Superintenden Hrn. Dr. Cranz aus Posen die Einweihung der neuerbauten evangelischen Kirche in Latowice, unseres Kreises, statt. Da die Kirchengemeinde unbemittelt ist, so ist lediglich dem Gustav-Adolph-Verein der stattliche Bau zu verdanken. Zur inneren Ausschmückung der Kirche hat der Frauen-Verein in Ostrowo viel beigetragen. Wie wir erfahren, ist nun die Parochie Raschkow an der Reihe, ein eigenes Gotteshaus zu erhalten und zu diesem Zwecke dem Gustav-Adolph-Verein empfohlen. — Die Pockenkrankheit ist noch nicht erloschen. Erst gestern daran verstarb in R. ein 21jähriges Mädchen, welches auf Anordnung der Polizei heute Abend in aller Stille beerdigt wird. — In verflossener Woche gerieth der Theerkessel der mit dem Pappdache der Dampffabrik in R. beschäftigten Klempnergesellen in Brand und bald stand ein Theil des Daches in Flammen. Nur der schleunigen Hilfe der Fabrikarbeiter und der städtischen Spritze gelang es das Feuer zu löschen.

—r. **Kreis Bomst**, 27. September. [Landwirthschaftliches.] Der Karger landwirthschaftliche Verein wird bei Gelegenheit seiner Sitzung am 15. Oktober c. eine Prämiirung von Deckhengsten und guten Mutterstuten, welche sich im Besitz von Rustikalbesitzern oder Ackerbürgern befinden, und von Zuchtstieren, Kühen und Fersen, welche sich im Besitz von solchen Rustikalbesitzern oder Ackerbürgern befinden, die ihren Haupterwerb eben aus der Bewirthschaftung des Landes beziehen, vornehmen. Die Stuten können aber nur dann eine Prämie erhalten, wenn das Fohlen, welches in diesem Jahre von ihnen geboren, mit vorgestellt wird. Es sollen überhaupt Prämien zuerkannt werden: 1) für Pferde: dem besten Deckhengst 10 Thaler; für Mutterstuten: die erste Prämie zu 10 Thalern., zwei Prämien zu 8 Thlrn., zwei Prämien zu 6 Thalren und drei Prämien zu 5 Thalern. 2) für Rindvieh: für den ersten Bullen eine Prämie zu 8 Thlrn., für Kühe: zwei Prämien zu 5 Thlrn., zwei Prämien zu 4 Thlrn. und zwei Prämien zu 3 Thlrn. Auch Besitzern von Pferden und Rindvieh, welche nicht Mitglieder des Vereins sind, können sich um die Prämien bewerben; jedoch können die in den letzten zwei Jahren in Unruhstadt prämiirten Stuten und Kühe zur Konkurrenz nicht zugelassen werden. Die Prämien für Deckhengste und Bullen werden nur ertheilt, wenn unter den vorgeführten Thieren sich wirklich ein zur Prämiirung geeignetes Exemplar befindet.

△ **Grätz**, 26. Septbr. [Aktien-Bierbrauerei. Bauten.] Das Projekt der Gründung einer Aktienbierbrauerei am hiesigen Orte ist im Sande verlaufen, da die Gründer der Seitens der Stadtvertretung gesetzten Bautermin zum definitiven Abschlusse dieses Geschäfts haben fruchtlos wegbringen lassen. Das ganze Projekt schien gleich von vorn herein etwas unsicher. — Die Kommune Grätz hat die Annehmlichkeit, einige Kosten gehabt zu haben und um ein nicht zur Ausführung gekommenes Projekt reicher geworden zu sein; die städtischen Behörden dagegen haben manche Stunde an die Berathungen und Beschlüsse umsonst verwandt.

△ **Grätz**, 28. Sept. [Hopfen. Grundbuchamt.] Die hiesigen Hopfenproduzenten haben ihren sämmtlichen gewonnenen Hopfen noch auf dem Lager, was nicht allein in den niedrigen Preisen, sondern auch in dem Mangel an Nachfrage nach dieser Waare seinen Grund hat. Fremde Käufer sind noch gar nicht hier gewesen. Im vorigen Jahre war die Waare um diese Zeit schon meist verkauft. — Für das mit dem 1. Oktober c. auf Grund des Gesetzes vom 5. Mai 1872 bei dem hiesigen k. Kreisgericht in Kraft tretende Grundbuchamt ist der Herr Kreisrichter Bratke zum Grundbuchrichter und der Kreisgerichtssekretär Becker zum Grundbuchführer ernannt worden.

c **Krotoschin**, 29. Sept. Bei dem hiesigen Gericht ist als Grundbuchrichter der Hr. Kreisgerichtsrath Landowski, als Grundbuchführer der Kreisgerichtssekretär Loose ernannt worden. — Von den sechs Katholiken, welche, wie bereits früher berichtet, im August d. J. der Austritt aus der Kirche angemeldet hatten, sind nunmehr vier definitiv ausgeschieden.

= **Ostrowo**, 25. Sept. [Einweihung der evangel. Kirche zu Latowice.] Nachdem unterm 29. Juni v. J. erst die Grundsteinlegungsfeierlichkeiten stattgefunden, konnte die von dem Architekten Würtemberg, in Vertretung seines Vaters, des Maurer- und Zimmermeisters W. erbaute Kirche in Latowice heut bereits feierlichst eingeweiht werden. Bei der Seltenheit einer solchen Feier ist es wohl erklärlich, daß sich die Festgenossen bis aus weiter Ferne einfinden, zumal bei so freundlichem Wetter, wie es der heutige Tag darbot. Die Feierlichkeit begann kurz nach 10 Uhr damit, daß sich die vor dem alten Betlokale aufgestellte Festversammlung unter Anstimmung des Liedes „O daß ich tausend Zungen hätte" — sämmtliche Festlieder wurden in deutscher und polnischer Sprache gesungen — im Zuge vor das Hauptportal begab, woselbst Hr. Würtemberg jun. den Schlüssel dem komittirten Vertreter der k. Regierung zu Posen, Landrath Hrn. v. Dallwitz, übergab, welcher letztere denselben unter Ansprache dem Gen.-Sup. Herrn D. Cranz überreichte, aus dessen Händen ihn wieder der Ortspfarrer P. Klejzar behufs der Eröffnung der Kirche überwiesen erhielt. Nach einem die weitere Feier vorbereitenden Eingangsliede folgte die Weiherede und der von dem Hrn. Gen.-Superintend. vollzogene Weiheakt. Um auch den nur der polnischen Sprache mächtigen Gemeindegliedern gerecht zu werden, wurde die Liturgie sowohl von Hrn. Superintendent Dr. Altmann, wie die Predigt von Hrn. P. Klejzar in poln. Sprache gehalten. Am Schlusse der kirchlichen Feierlichkeit hielt der Hr. Gen.-Superint. den zweiten Theil der Liturgie vor dem Segen in deutscher Sprache. Nach dem Gottesdienste begaben sich die sämmtlichen Honoratioren auf vorangegangene Einladung der Gutsbesitzer der Parochie in das Pfarrhaus, woselbst es Herr Gutsbesitzer Bieske-Osiek in freundlichster Weise übernommen hatte, die übrigen Herren Gastgeber zu vertreten. Von den zahlreichen Toasten seien nur besonders erwähnt der des Hrn. Gen.-Superintend. auf den Kaiser, des Herrn Superintendenten auf den Hrn. Generalsuperintendenten, des Herrn Landrath auf die Gastgeber, des Hrn. Superintendenten auf „die anwesenden Vertreter der Behörden und Vereine", im Besonderen auch des „Frauen- und Jungfrauenvereins" zu Ostrowo und des Herrn Baurath Kasel, auf den Erbauer der Kirche. Die ansprechende und wohlgelungene Kirche hat leider noch keine Orgel erhalten können. Wir möchten hierbei daran erinnern, daß im Jahre 1725 in Hirschberg ein Kaufmann Menzel 30,000 Thlr. zur Erbauung der dortigen schönen Orgel spendete. Hier wären mit einer Spende von ca. 900 Thlr. zu dem Zwecke schon die kühnsten Wünsche und Hoffnungen der bekanntlich sehr armen Gemeinde erfüllt.

— r. **Punitz**, 25. September. [Kirchenkonzert.] Unter Mitwirkung des Herrn Kantor Lubrig aus Tribusch und einiger hiesiger Musikfreunde veranstaltete zum Besten der Armen der Kantor an der hiesigen evangelischen Kirche Herr Trier am 22. d. M. ein Kirchenkonzert. Das Programm, welches ausgewählt, und entsprechende Chor- und Solo-Piecen enthielt, kam in gelungener Weise zur Ausführung. Als besonders schön traten hervor das Baß-Solo aus Paulus von Mendelssohn „Gott sei mir gnädig", desgleichen das von dem Organisten Herrn Max Oesten in Berlin komponirte Terzett: „Abendgebet für Cello, Violine und Orgel" und ein Andante von Mozart für Cello und Orgel. Es ist ein erfreuliches Streben, welches sich hier in Bezug auf die Pflege des Gesanges schon wiederholt kundgab; durch fernere Aufführungen wird denjenigen ein Genuß bereitet werden, welche Sinn für dergleichen Musikaufführungen haben.

—r. **Wollstein**, 29. September. [Präsident von Wegnern. Vorschußverein.] Am 19. d. M. traf der Herr Regierungspräsident v. Wegnern aus Posen in Begleitung unseres Landraths Freiherrn v. Unruh-Bomst von Bomst kommend hier und besuchte sofort die königl. und städtischen Büreaux, woselbst er sich die verschiedenen Beamtenkategorien vorstellen ließ, besichtigte die Kirchen und die Synagoge, und setzte Tags darauf, nachdem er noch den verschiedenen Wohlthätigkeits-Anstalten hiesiger Stadt Besuch abgestattet hatte, wiederum in Begleitung unseres Landraths seine Reise über Kiebel nach Altkloster fort. — Nach dem in der gestern stattgehabten Generalversammlung der hiesigen Vorschußvereins durch den Vereinsrendanten erstatteten Rechenschaftsbericht belief sich die Einnahme in den drei ersten Quartalen ca. auf 43,063 und die Ausgabe auf 41,858 Thlr.; es ist demnach ein Bestand von 1205 Thlr. vorhanden. Zur Zeit besteht der Reservefond aus 755 Thlr., das Guthaben der Mitglieder beträgt 21,349 Thlr., die Zinsenmasse 2464 Thlr. und die aufgenommenen Darlehen 19,027 Thlr. Der Verein zählt bereit über 700 Mitglieder, wovon 1/4 auswärtige.

△ **Bromberg**, 27. Septbr [Patzerlokal. Strike. Geschäft. Wahl. Theater. Musik.] Das Patzer'sche Etablissement ist an die bisherige Restauration daselbst, Frau Wille, verpachtet worden. Es wird jedoch bezweifelt, daß die Dame den Miethszins von 4000 Thlrn. zahlen dürfte, da dieser Preis zu hoch normirt ist. Dem Vernehmen nach soll im künftigen Jahre in nächster Nähe dieses Etablissements ein neues Sommertheater errichtet werden. — Der Strike der Schneidergesellen scheint beendigt zu sein; ein Theil derselben ist bereits mit etwas erhöhtem Lohne wieder an die Arbeit gegangen. — Mit dem 1. Oktober wird eine neue Weinhandlung mit Restauration in dem Hause des Kaufmanns Herrn Emil Werkmeister eröffnet. An derartigen öffentlichen Lokalen ist hier kein Mangel, wohl aber würde ein reelles Tuchgeschäft, eine gute Putzhandlung u. drgl. m. hier gewiß noch rentiren. — Die Wahl für die Kandidaten der kaufmännischen Abschätzung für das nächste Jahr ist bereits per Currende angezeigt. Eine vorherige Besprechung wäre in dieser Sache sicherlich von Nutzen gewesen. — Das erste Bauer'sche Sinfonie-Konzert war leider nicht so besucht, wie es verdient hätte. — Unser Stadttheater scheint allem Anscheine nach keinen Bewerber gefunden zu haben, es steht leer. Gestern produzirte sich darin ein Eskamoteur, E. Koblitzky, dessen Kunststücke und Geistererscheinungen das Publikum nicht sonderlich erbauten.

H. **Chodziesen**, 30. Sept. [Einführung.] Nachdem die auf den Rentier Ernst Sehmsdorf hier gefallene Wahl als Bürgermeister der hiesigen Kreisstadt von der k. Regierung zu Bromberg bestätigt worden ist, wurde Hr. S. heute in sein Amt eingeführt. Der abdizirende Bürgermeister Kleinfeld war seit April 1841 ununterbrochen als Bürgermeister hier im Amte und legte heute dieses nieder, indem er sich bitter beklagte über Intriguen und dergl., die ihm manche schlaflose Nacht bereitet hätten, aber auch dankend und mit Rührung der vielen Beweise von Anhänglichkeit gedachte, die ihm in seiner langen Amtszeit, besonders im Jahre 1866 gelegentlich seiner 25jährigen Amtsjubelfeier geäußert worden. Herr Sehmsdorf ist der Sohn des bekannten Gutsbesitzers S. in Podanin, der in früheren Jahren unsern Kreis mit Herrn v. Leipziger auf Pietrunke im Abgeordnetenhause in der liberalen Fraktion vertreten hat. Auch Herr S. jun. hatte sich der Landwirthschaft gewidmet und war Besitzer eines Gutes in unserer Nähe. Auf Anrathen der Aerzte mußte er indeß vor ungefähr einem Jahre sein Besitzthum veräußern und lebte er bis jetzt hier als Rentier.

□ **Inowraclaw**, 29. Sept. [Oelfabrik.] Das am 12. d. M. in der Kurzigschen Oelfabrik ausgebrochene Feuer ist bis jetzt noch immer nicht vollständig erloschen. Das Feuer findet an den auf das Reichlichste mit Oel getränkten Gegenständen in und neben der Fabrik immer noch reichliche Nahrung und so sehen wir denn noch allabendlich die Brandstätte auf das Schönste illuminirt. Die aufgestellten Feuerwachen suchen natürlich das Feuer vollständig zu dämpfen, oder wenigstens ein Umsichgreifen zu verhindern. Von dem Fabrikgebäude, einem ehemaligen Reformatenkloster, stehen nur noch die Umfassungsmauern, ein Giebel stürzte am Tage nach Ausbruch des Feuers, der andere vorgestern ein. Durch einen merkwürdigen Zufall sind vorgestern die mit dem Wegräumen des Schuttes und mit dem Abbrechen des Giebels beschäftigten Arbeiter einem sicheren Tode entgangen, denn der Giebel stürzte in dem Augenblick ein, als alle Arbeiter nach einer anderen Seite geeilt waren, um das in dem nach der Seite geschleppten Holzwerk ausgebrochene Feuer zu löschen. Noch wenige Minuten vorher saß ein Arbeiter oben auf der äußersten Kante des Giebels, um Steine loszuschlagen. Wie ich höre, soll die Oelfabrik in der kürzesten Zeit wieder aufgebaut und in Betrieb gesetzt werden. Der Schaden, der dem Besitzer der Fabrik durch das Feuer erwachsen, übersteigt die Versicherungssumme um ein Bedeutendes.

△ **Klecko**, 27. September. [Die polnischen Zeitungen und unsere städtische Verwaltung.] Der „Kuryer Poz." enthält in Nr. 183 eine aus der „Gaz. tor." entnommene und als „Kuriosum" bezeichnete Mittheilung aus unserm Orte, in welcher bekannte Thatsachen so entstellt sind, daß dadurch Mißtrauen gegen die Anordnungen der Behörden und gegen Männer, die ein Interesse für den hiesigen Ort bekunden, erweckt wird. Es wird erzählt, die hiesige Bürgermeisterstelle sei vakant gewesen, die Stadtverordneten hätten sich die Köpfe zerbrochen, wen sie wählen sollten; da habe der Oberamtmann Funck aus Polskawieś, welcher dieses Dorf im verflossenen Jahre in Paulsdorf umgetauft habe, ihnen aus der Noth geholfen und den Postexpediteur Rahn als Kandidaten dem Kreislandtage vorgestellt, welcher ihn zum Bürgermeister eingesetzt und sein Gehalt um 100 Thlr. jährlich erhöht habe. Diese Angaben bedürfen einer Berichtigung. In Folge Erkenntniß des Kreisgerichts zu Gnesen, durch welches der hiesige Bürgermeister verurtheilt wurde, suspendirte die Regierung denselben vom Amte und übertrug die Verwaltung der Bürgermeisterei dem ersten Schöffen, Herrn Steuer-Einnehmer Dudek. Nach einer dreimonatlichen Verwaltung bat dieser, ihn wegen anderweitiger amtlicher Geschäfte davon zu entbinden, zumal der suspendirte Bürgermeister gegen das Erkenntniß I. Instanz die Appellation angemeldet hatte und daher geringe Aussicht war, daß die definitive Besetzung der Bürgermeisterei bald zu erwarten sei. Es wurden mehrere Personen zur kommissarischen Verwaltung von den Stadtverordneten in Vorschlag gebracht, die aber theilweise wegen Unfähigkeit nicht die Genehmigung der Regierung erhielten. Bei den hiesigen ungewöhnlichen Verhältnissen war es besonders nothwendig, eine Persönlichkeit zu suchen, deren unerschütterlicher Rechtssinn und Charakterfestigkeit Bürge dafür war, daß das Ansehn des Magistratsdirigenten wieder gehoben werde. Wenn Herr Kreislandrath Nollau bei der Wahl einer Person, die er der Regierung in Vorschlag zu bringen hatte, vorsichtig war, und bei erfahrungsliebenden, mit den städtischen Verhältnissen bekannten und dafür Interesse bekundenden Personen um ihr Urtheil gefragt haben sollte, so erscheint dieses anerkennenswerth. Die allgemeine Aufmerksamkeit lenkte sich auf Herrn Rahn und die Regierung ordnete auf Grund des § 33 der Städteordnung die kommissarische Verwaltung durch diesen an. In einer von Herrn Kreislandrath Nollau anberaumten Stadtverordnetenversammlung wurde derselbe eingeführt und gleichzeitig von den Stadtverordneten beschlossen, das Gehalt des künftigen Bürgermeisters um 100 Thlr. zu erhöhen, wovon Herr Rahn während seiner kommissarischen Verwaltung jedoch keinen Pfennig erhält. Einige Stadtverordnete beschlossen, hinsichtlich der vermeintlich ihnen zustehenden Rechte bezüglich der kommissarischen Verwaltung an die Regierung eine Anfrage zu richten. Da diese Eingabe wegen Mangel eines schreibkundigen Mannes nicht gleich angefertigt werden konnte, so unterschrieben die Anwesenden auf einem leeren Bogen Papier und übergaben diesen „vertrauensvoll" einigen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung. Erst später erfuhren sie, daß auf diesem Papiere nicht eine Anfrage bei der Regierung sondern ein Protest nebst Beschwerde beim Herrn Oberpräsidenten angefertigt worden sei. Hinsichtlich der Bemerkung in dem qu. Zeitungsartikel, Herr Oberamtmann Funck habe die Ortschaft Polskawieś in Paulsdorf umgetauft, hat es folgende Bewandtniß. Genannte Ortschaft besteht aus einigen bäuerlichen Wirthschaften und einer königl. Domaine. Der von den Ortseinwohnern alle 3 Jahre neu gewählte Schulze, welcher des Schreibens und Lesens oft nur sehr nothdürftig mächtig war, nahm es bei Vertheilung der kommunalen Lasten, als Einquartirung bei Truppenmärschen 2c. häufig nicht sehr genau, und um von einer solchen vorgesetzten ortspolizeilichen Person befreit zu werden, geschah der Antrag auf Trennung der Domaine vom Dorfe. Dieselbe erhielt einen eigenen Namen, und da wäre es doch wohl Blödsinn gewesen, zu erwarten, daß ein deutscher und für das Deutschthum lebhaftes Interesse bekundender Mann seinem Wohnorte einen polnischen Namen geben werde. Die Königl. Domäne ist also unter dem Namen Paulsdorf aus dem Dorfe ausgeschieden. Hinsichtlich des Letztern mag der hiesige Korrespondent der „Gazeta tor." ruhig sein, „fest steht und treu" der Name Polskawieś noch an der Ortstafel des Dorfes, obgleich ein großer Theil der Wirthe der deutschen Nationalität angehört.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die geographischen Mittheilungen von Dr. Petermann bringen einen vorläufigen Bericht über die Reise der Frankfurter Naturforschers Dr. K. v. Fritsch und Dr. J. J. Rein nach den kanarischen Inseln und dem marokkanischen Atlas, welche in diesem Jahre ausgeführt wurde. Darin heißt es: „Erst am 28. Mai konnten wir nach der Hauptstadt Marokko aufbrechen, die wir auf dem gewöhnlichen Wege erreichten. Man wies uns dieselbe Wohnung an, welche Washington, Sir Moses Montefiore, Dr. Hooker und andere Europäer vor uns inne gehabt haben, und wie uns schon in Tanger die Eingeborenen die Hände gedrückt hatten, weil wir Preußen seien, so wurden wir auch in der Hauptstadt äußerst zuvorkommend aufgenommen. Der alte Kaid Sidi Ali von Schischaua kannte sogar den Namen des Kaisers Wilhelm!"

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Vom 1. Oktober ab** können laut Bekanntmachung des kais. General-Postamts, auch im Verkehr mit der Schweiz Drucksachen unter Band bis zum Gewichte von 1 Pfund gegen die ermäßigte Taxe abgesendet werden. Das Porto beträgt: a) für Drucksachen im Gewichte bis 250 Gramm 1/2 Sgr. bez. 2. Kr. für je 50 Grammen, b) für Drucksachen im Gewichte über 250 bis 500 Grammen 3 Sgr. bez. 11 Kr. ohne Unterschied des Gewichts. Gleichzeitig kommt die Taxe für Waarenprobensendungen nach und aus der Schweiz mit 1/2 Sgr. bez. 2 Kr. nicht mehr für je 40 Grammen, sondern für je 50 Grammen zur Erhebung.

** **Kruppsche Gußstahl-Fabrik.** Dem Jahresbericht der Handelskammer für den Kreis Essen entnehmen wir nachfolgende Notizen: Die Kruppsche Gußstahlfabrik fabrizirte im vergangenen Jahre 150 Millionen Pfund Gußstahl gegen 130 Millionen im Jahre 1870 bei einer Pferdekraft von 8595 und mit der Zahl von 8810 Arbeitern. An Betriebsmitteln waren vorhanden: 528 Schmelz-, Glüh- und Cementöfen, 169 Schmiedeessen, 260 Schweiß, Puddel- und Wärmöfen, 245 Coaksöfen, 130 diverse Oefen, 342 Drehbänke, 130 Hobelmaschinen, 73 Fraisbänke, 172 Bohrmaschinen, 94 Schleifbänke, 209 diverse Maschinen, 174 Dampfkessel, 265 Dampfmaschinen (von 1000 Pferdekraft abwärts), 58 Dampfhämmer (von 690 Zentner abwärts). Die gefertigten Gegenstände bestanden aus: Achsen, Rädern und Bandagen für Eisenbahnen; Schienen und Federn für Eisenbahnen und Gruben, Achsen für Dampfschiffe; diversen Maschinentheilen, Kesselblechen, Walzen, Werkzeugstahl und Kanonen mit Lafetten und Geschossen.

** **Bei der pariser Ausstellung** vom Jahre 1867 entstand hier in Berlin auf Anregung des hiesigen Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, insbesondere seines damaligen Vorsitzenden Lette und des Vorstandsmitgliedes Dr. med. S. Neumann hierselbst, unter dem Protektorate des Kronprinzen ein großes Komite, welches Geldsammlungen veranstaltete, um einer bedeutenden Zahl Arbeiter den Besuch der pariser Ausstellung zu ermöglichen. Für die im nächsten Jahre bevorstehende Wiener Weltausstellung ist das gleiche Unternehmen von verschiedenen Seiten, namentlich auch von dem gegenwärtigen Vorsitzenden des Centralvereins, Professor Gneist in Angriff genommen. Das Komite ist in Bildung begriffen, und der Kronprinz hat auf eine Anfrage sich gern bereit erklärt, dem Unternehmen wiederum seine thätige Theilnahme zu schenken.

Vermischtes.

Breslau, 29. Sept. [Einweihung der Synagoge. Eröffnung des Stadttheaters. Oderschleppschiffahrt. Ober-Regierungs-Rath Heise. Michaelis-Umzug.] Drei wichtige Ereignisse schließt für uns Breslauer die beginnende Woche in sich und zwar die heut erfolgende Einweihung der neuen Synagoge, die Eröffnung des Stadttheaters und die Einführung des Justizrath v. Forckenbeck als Ober-Bürgermeister. — Der Bau der Synagoge hat einen Zeitraum von 7 Jahren erfordert und soll nach einem Referate in den hiesigen Zeitungen 310,000 Thlr. gekostet haben. Diese Summe dürfte jedoch als viel zu niedrig gegriffen zu bezeichnen sein, wenn man bedenkt, daß der Bauplatz allein 100,000 Thlr. gekostet hat. — Eingeweihte Persönlichkeiten, mit welchen wir über die Baukosten des neuen Tempels gesprochen, schlagen dieselben auf mindestens 500,000 Thlr. an. Die Synagoge umfaßt außer einer großen Menge anderer Räumlichkeiten 2000 Sitzplätze, von denen die bestgelegenen mit 400 Thlr. pro Platz von einzelnen Gemeinde-Mitgliedern erworben worden sind. Weshalb die Einweihung an einem christlichen statt an einem jüdischen Festtage erfolgt, haben wir nicht genau erfahren können, man sagt, daß die Rabbiner Joel u. Tiktin am gestrigen Sabbath in ihren Gemeinden zu beschäftigt gewesen seien, um die nöthige Zeit für die Einweihungsfeierlichkeiten erübrigen zu können. — Die Eröffnung des Stadttheaters findet Dienstag, den 1. Oktober statt. Nach der Festouvertüre von Weber, wird Frl. Stein als deutsche Muse den von Dr. Meyer gedichteten Prolog sprechen und hierauf Schillers Wilhelm Tell zur Aufführung gelangen. Die innere Einrichtung des Theaters ist eine eben so konfortable als zweckentsprechende und wurde am Freitag Abend, wo die erste Probebeleuchtung stattfand, das Auge von dem vielen Glanze förmlich geblendet. Herr Direktor Schwemer zahlt bekanntlich eine jährliche Miethe von 5000 Thlr., außerdem ist die Restauration für 1000 Thlr., die Konditorei für 800 Thlr. u. die 4 Läden sind für je 6 bis 800 Thlr. verpachtet, so daß der Theater-Aktien-Verein eine Gesammt-Einnahme von 9600 Thlr. aus den betreffenden Räumlichkeiten entnimmt, was ein Kapital von 192,000 Thlr. repräsentirt. Einen der Theaterläden hat die bekannte, seit einer langen Reihe von Jahren hierorts bestehende Kunsthandlung von Karsch erworben und wird denselben zum 1. November beziehen, in den übrigen drei Läden wird ein Zigarren-, ein Tapisserie- und ein Blumen- und Fruchtgeschäft eröffnet. — In der verflossenen Woche haben wir hier, und nach eingegangenen Berichten auch in der Provinz heftige Unwetter und Stürme gehabt; aus Schmardt bei Constadt wird gemeldet, daß der Sturm das Dach einer neu aufgeführten Stallung abgedeckt und hoch in der Luft über ein anderes Gebäude hinweg über 100 Meter weit mitten in den Schloßhof geworfen habe. — Auf der Oder, hier in der Nähe, hat der Wirbelwind mehrere Mastbäume umgebrochen und gestern in der Mittagstunde entstand bei dem heftigen Sturme in einem hart an der Freiburger Eisenbahn und ebenso nahe an der ehemals Lippmannschen Oelfabrik gelegenen Stallgebäude Feuer, was sehr leicht für seine Umgebung hätte gefährlich werden können, wenn der Wind nicht zum Glück die Flammen nach einem freien Platze getrieben hätte. Der deutschen Eisenbahnbau-Gesellschaft ist Seitens des k. Handelministeriums die Konzession ertheilt worden, auf der Oder zwischen Stettin und Breslau die Schleppschiffahrt an Kette oder Tau mittelst Dampfkraft zu betreiben. Die Konzession erstreckt sich auf einen Zeitraum von 34 Jahren. Der Betrieb muß auf der ganzen Strecke binnen 5 Jahren vom Tage der Konzessions-Ertheilung ab begonnen werden. — Der Vorsitzende der Direktion der Rechten-Oder-Uferbahn, Geh. Ober-Regierungsrath Heise, ist in gleicher Eigenschaft zu der Berlin-Dresdener Bahn übergetreten und erleidet dadurch die erstere Bahn einen empfindlichen Verlust, da Herr Heise als ein ganz außergewöhnlich begabter Verwaltungsbeamter bekannt

ist. — Der bevorstehende Michaelis-Umzug scheint sehr bedeutende Dimensionen annehmen zu wollen und es dürften die Haupt-Veranlassungen hierzu die umfangreichen Miethssteigerungen sein, die auch diesmal wieder sehr beliebt gewesen sind. — Breslau zählt gegenwärtig 208,000 Einwohner, rechnet man 5 Personen auf die Familie, so giebt dies eine Anzahl von 41,600 Familien. Nimmt man nun an, daß im Laufe des Jahres ein Viertel dieser Familien also 10,400, um etwa 50 Thlr. durchschnittlich — eine sehr niedrige Schätzung — gesteigert worden ist, so macht dies eine Mehreinnahme an Jahresmiethe von 520,000 Thlr., eine Summe, welche einem Kapitalzuwachse von 10,400,000 Thlr. entspricht.

* **Des Königs Bart.** König Amadeus von Spanien hat ein Aeußerstes gethan, um sich als Spanier zu erweisen, er hat das Opfer gebracht, das einst der Bundestags-Gesandte v. Bismarck bei seiner Versetzung nach Petersburg sich auferlegte, um dem Kaiser Nikolaus wohlgefällig zu erscheinen, er hat sich den Bart, der ja in der savoyischen Königsfamilie bekanntlich eine so hervorstechende Rolle spielt, total abrasirt. Denn so will es das Zeremoniel von Aranjuez, und so liebt der Spanier seinen Herrscher zu sehen. Aber der Liebe Müh' war umsonst — selbst die offiziellsten Berichte können sich nicht verhehlen, daß die Auffahrt des Königs zur Kortes-Eröffnung, welche an einem Sonntage durch die belebtesten Straßen stattfand, eine nur allzu laue Aufnahme von Seiten des Volkes gefunden hat. Es ist, heißt es in madrider Berichten, nicht einmal Abneigung, die der fremde Herr hervorruft, es ist nur noch die gleichgiltigste Neugier, wie lange er's wol noch im Lande aushalten werde.

* **Kopp,** ein beliebter Komiker des pariser Variététheaters, hat sich erschossen. Die Vorbereitungen zu seinem Selbstmord traf er mit großer Umsicht. Für den Fall, daß ihn die Kugel nicht sofort tödten würde, legte er ein offenes Rasirmesser auf den Nachttisch. Den Muth zum Werke hat er sich vorher im Schnaps geholt. Kopp hinterläßt ein beträchtliches Vermögen, von welchem er je ein Viertel vermacht hat der Gesellschaft der dramatischen, wie der musikalischen Künstler, den pariser Armen und den Verwundeten des letzten Krieges.

* **Ein Duell zwischen zwei Deutschen** macht augenblicklich in London, wo Zweikämpfe mit anderen Waffen als mit Fäusten bekanntlich im hohen Grade verpönt sind, viel von sich reden. Zwei deutsche Kaufleute, die, wie man sagt, in der City in hohem Renommé stehen, geriethen unlängst wegen einer jungen Dame in Streit, dessen Ende eine gegenseitige Herausforderung war. Das Duell fand hinter einer dichten Hecke im Finsburypark statt und zwar mit eigenthümlichen Waffen — Dolchmessern. In den ersten paar Gängen erhielt einer der beiden Gegner zwei Wunden im rechten Arm, die indessen nach dem Ermessen der Sekundanten nicht erheblich genug waren, um dem Zweikampfe ein Ende zu setzen. Das Duell nahm hierauf seinen Fortgang, endete aber nach mehreren hitzigen Gängen damit, daß einem der Kämpfer das Gesicht vom Mundwinkel bis zum Ohre aufgeschlitzt wurde. Der gefährlich Verwundete wurde hierauf nach dem deutschen Hospital gebracht, woselbst er sprachlos darniederliegt. Ueber der ganze Affaire lagert indeß ein geflissentliches Dunkel. Wahrscheinlich will man dieselbe nicht an die große Glocke bringen, weil das englische Gesetz Zweikämpfer wie Raufbolde und Vagabonden behandelt und dieselben mit Zwangsarbeit abstraft.

* **Dr. Paul Schöppe,** der vor zwei Jahren in Carlisle Pa, wegen angeblicher Vergiftung einer hohen alten Jungfer Namens Steinecke zum Tode verurtheilt worden, nach verschiedenen Versuchen endlich einen zweiten Prozeß bewilligt erhielt, ist am 7. September von der Jury freigesprochen und sofort in Freiheit gesetzt worden. Es war dies voraus zu sehen, nachdem der Richter in seiner Ansprache an die Jury unter Anderem aussprach, „es sei der gütigen Vorsehung zu danken, daß in Folge des ersten Prozesses der Justizmord nicht vollbracht worden sei."

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 2. October.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsb. v. Radonski a. Bieganowo, v. Szuldrski a. Gosawy, Rohr a. Lang-Gurka, Heickerodt a. Plawcie, Privatsekretär Mendel a. Kosten, die Kaufl. Wilde a. Breslau, Sachs a. Berlin, Nicklewicz u. Frau a. Pinne, Frau Dembinska a. Inowraclaw, Vogt u Frau a. Berlin, Gutsb. Scharffenberg a. Kobelnik, Vikar Rymorowicz a. Priment, Wirthschaftsbeamter Seidel aus Radlin.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufl. Holde aus Meseritz, Riedel a. Frankfurt a. O., Jakobowski a. Strzelno, Piatrowski a. Stenschewo, Jakobsohn a. Leipzig, Frl. Zigel a. Wongrowiec, Meinke a. Rogasen.

HOTEL DE ROME (Julius Buckow.) Die Rittergutsb. Cochius a. Krotoschin, v. Niemojowski a. Dzierzchnica, Gräfin Arco u. Familie aus Wronczyn, die Kaufl. Nadt a. Ostrowo, Ohnstein a. Posen, Lippmann a. Dresden, Kühn a. Leipzig, Rittergutsb. Fritsch u. Fam. aus Glogau, Dierektor Molinek u. Fam. a. Reisen, Pastor Borack und Fam. a. Rogasen, Fabrikb. Rimpler a. Schwiebus, Postsekretär Dammkert a. Hannover.

GRAND HOTEL DE FRANCE. Die Gutsbes. v. Sawicki a. Rybno, v. Jakowski a. Jablowo, v. Golkowski a. Piolunowo, v. Moszczenski a. Jeziorki, v. Dobieszycki a. Polen, v. Szczanowski a. Charlowo, v. Malczewski a. Smolary, v. Michulski a. Szczytniki, Baumeister Perzynski a. Schrimm, Agronom v. Labendzinski a. Galizien, Prof. Rutkowski u. Frau a. Gnesen, die Kaufl. v. Duszynski u. Frau aus Thorn, Marschalleck a. Hamburg, Bürgermeister Machatius a. Gnesen, Prof. Müller a. Gnesen.

STERNS HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsb. v. Nareimska a. Sablonowo, v. Moszczynski a. Jeziorki, v. Radonski u. Fam. aus Zelaskow, Kleinert a. Latalice, Mackeprang a. Dobrzyn, Ryszewski a. Warschau, Baron v. Freiburg a. Eckernförde, die Kaufl. Delling aus Hamburg, Krüger a. Barmen, Lubczynski a. Thorn, Nadelheim aus Breslau, Liszczewski a Schmiegel, Leipziger a. Straßburg, Arzt Dr. Mayer a. Stettin.

Geschäftsbericht

der

Bank für Landwirthschaft und Industrie
Kwilecki, Potocki & Comp.
in Posen

vom 1. Juli 1871 bis 30. Juni 1872.

Das mit dem 30. Juni cr. abgelaufene Geschäftsjahr hat sich durch „Aktiengründungen" in bis dahin nicht dagewesenem Maßstabe bemerkbar gemacht. Wir haben uns von dieser Manie möglichst fern zu halten gesucht. Von der zeitweisen Abundanz des Kapitalmarkts haben wir insofern Nutzen gezogen, als wir unser ursprüngliches Anlagekapital von **300,000** Thlr. auf **3,000,000** Thlr. erhöht haben, wovon jedoch bis jetzt nur 1,000,000 Thlr. zur Begebung bestimmt worden sind. Im Zusammenhang damit steht die erfolgte Etablirung einer Filiale unseres Geschäfts in Breslau, sowie die Errichtung mehrerer Agenturen in der Provinz.

Unsern Gesammtumsatz ergeben nachstehende Ziffern:

	Debet.			Credit.			Salda. Debet.			Salda. Credit.		
Cassa-Conto	8,700,545	8	3	8,643,316	27	6	57,228	10	9	—	—	—
Actien-Conto	—	—	—	763,200	—	—	—	—	—	763,200	—	—
Wechsel-Conto	2,412,817	19	7	2,098,843	27	7	313,973	22	—	—	—	—
Effecten-Conto	6,689,704	19	5	6,537,935	27	2	151,768	22	3	—	—	—
Contocorrento-Conto	16,482,454	17	9	16,049,781	19	2	432,672	28	7	—	—	—
Lombard-Conto	48,293	20	—	38,173	20	—	10,120	—	—	—	—	—
Depositen-Conto A.	123,870	17	6	133,856	15	6	—	—	—	9,985	28	—
" " B.	20,039	22	—	20,440	22	—	—	—	—	401	—	—
" " C.	240,113	5	3	483,322	15	9	—	—	—	243,209	10	6
Commissions-Conto	793,862	9	3	812,122	22	—	—	—	—	18,260	12	9
Dividend. Cto. pr. 1871	6,016	7	6	6,406	22	6	—	—	—	390	15	—
Zinsen-Conto	48,733	9	5	78,045	19	4	—	—	—	29,312	9	11
Handlungsunkosten "	24,036	16	7	2,900	23	—	21,135	23	7	—	—	—
Einrichtungskosten Cto.	2,619	16	6	50	6	—	2,569	10	6	—	—	—
Reserve-Fonds Conto	—	—	—	11,604	4	—	—	—	—	11,604	4	—
Gewinn u. Verlust Cto.	—	—	—	13,105	7	6	—	—	—	13,105	7	6
Breslauer Filiale, Capital-Conto	100,000	—	—	—	—	—	100,000	—	—	—	—	—
	35,693,107	9	—	35,693,107	9	—	1,089,468	27	8	1,089,468	27	8

Gewinn- und Verlust-Conto.

	Debet.			Credit.		
Vortrag vom vorigen Jahre	—	—	—	1,200	—	—
Agio auf Aktien . . . Thlr. 21,905 Sgr. 7 Pf. 6 davon zum Reserve-Fond . . " 10,000 " — " —	—	—	—	11,905	7	6
Effekten-Conto Saldo beträgt . . . Thlr. 158,578 Sgr. 26 Pf. 3 Das Conto schließt mit einem Debet von . . . " 151,768 " 22 " 3	—	—	—	6,810	4	—
Zinsen-Conto brachte . . . Thlr. 29,312 Sgr. 9 Pf. 11 Davon 4% von Thlr. 1604 Sgr. 4 Reserve-Fond . . Thlr. 64 Sgr. 4 Pf. 11	—	—	—	29,248	5	—
Commissions-Conto brachte	—	—	—	18,260	12	9
Handlungsunkosten-Conto beträgt	21,135	23	7	—	—	—
Einrichtungskosten-Conto, geht ab 10%	256	27	—	—	—	—
Gewinn p. Saldo	46,031	8	8	—	—	—
	67,423	29	3	67,423	29	3

Bilanz p. 1. Juli 1872.

	Debet.			Credit.		
Aktien-Conto	—	—	—	763,200	—	—
Cassa-Conto	57,228	10	9	—	—	—
Wechsel-Conto	313,973	22	—	—	—	—
Depositen-Conto A.	—	—	—	9,985	28	—
" " B.	—	—	—	401	—	—
" " C.	—	—	—	243,209	10	6
Effekten-Conto	158,578	26	3	—	—	—
Contocorrente-Conto	432,672	28	7	—	—	—
Einrichtungsunkosten-Conto	2,312	13	6	—	—	—
Lombard-Conto	10,120	—	—	—	—	—
Breslauer Filiale Capital-Conto	100,000	—	—	—	—	—
Dividenden-Conto 1870/1	—	—	—	390	15	—
" " 1871/2	—	—	—	30,640	—	—
Reserve-Fond Conto	—	—	—	16,846	7	7
Tantieme-Conto	—	—	—	10,213	10	—
	1,074886	11	1	1,074886	11	1

(Eingesandt.)

Ein Mahnwort an die Volksschullehrer unserer Provinz.

Die „Freie Deutsche Schulzeitung" brachte in Nr. 38 unter der Ueberchrift „Was müssen wir thun?" einen längeren Artikel. Es würde zu weit führen, den Wortlaut der Antwort auf die obige Frage hier zu citiren, zu dem dürfte ja den meisten Collegen der Artikel nicht unbekannt sein, da die Schulzeitung sich gewiß in den Händen vieler Collegen befindet. Nur auf Eins möchte ich hier hinweisen. Der erwähnte Artikel schreibt die Erfolge der schlesischen Lehrer in Bezug auf ihre Gehaltsverbesserung der Einwirkung der Schlesischen Zeitung und der Thätigkeit der schlesischen Lehrer zu, die nicht müde geworden sind, über den Stand der sie zunächst angehenden Fragen an die Provinzial-Zeitung zu berichten. Nur durch die Presse können wir auf die Kommunen in deren Hand unser Schicksal zum großen Theil liegt, wirken. Machen wir es doch, wie die schlesischen Collegen! Die **„Posener Zeitung"** hat ihre Spalten noch niemals verschlossen wenn es galt, für das Interesse der Lehrer einzutreten. Wir haben an der **„Posener Zeitung"** also eine sehr warme Fürsprecherin und da sich die Zeitung in unserer Provinz eines sehr großen Leserkreises erfreut, so dürften häufigere Mittheilungen über unser Wohl und Wehe gerade in dieser am meisten gelesenen Provinzial-Zeitung jedenfalls fördernder sein, als wenn wir uns in einer Schulzeitung gegenseitig die Ohren voll klagen. **S.**

Börsen-Telegramme.

Posener Marktbericht vom 2. Oktober 1872.

			Preis. Höchster Thl.	Sgr	Pf	Mittlerer Thl.	Sgr	Pf	Niedrigster Thl.	Sgr	Pf
Weizen fein,	per 42	Kilogr.	3	20	—	3	19	—	3	17	6
„ mittel	„	„	3	12	6	3	10	—	3	7	6
„ ordinär	„	„	3	5	—	3	2	6	3	—	—
Roggen, fein	40	„	2	12	—	2	10	—	2	9	—
„ mittel	„	„	2	7	6	2	6	—	2	5	—
„ ordinär	„	„	2	4	—	—	—	—	—	—	—
Große Gerste	37	„	1	27	6	1	22	6	1	21	3
Kleine „	„	„	1	25	—	1	22	6	1	21	3
Hafer	25	„	1	10	—	1	6	—	1	1	—
Kocherbsen	45	„	2	7	6	2	6	3	2	5	—
Futtererbsen	„	„	2	3	9	2	2	6	2	1	3
Winter-Rübsen	37	„	3	26	—	3	25	6	3	25	—
„ Raps	„	„	3	26	6	3	26	—	3	25	6
Sommer-Rübsen	„	„	3	12	6	3	10	—	3	7	6
„ Raps	„	„	3	15	—	3	12	6	3	10	—
Buchweizen	35	„	1	22	6	1	21	3	1	20	—
Kartoffeln	50	„	—	20	—	—	17	6	—	16	—
Wicken	45	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lupinen, gelbe	45	„	1	12	6	1	11	3	1	10	—
„ blaue	„	„	1	5	—	1	3	9	1	2	6
Rother Klee	50	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißer	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Börse zu Posen

am 2. Oktober 1872.

Fonds. Posener 3½% Pfandbriefe 94 B, do. 4% neue do. 90½ B., do. Rentenbr. 94¼ G, do. Provinz.-Bankaktien 114 G, do 5proz. Provinz.-Obligat. 100¼ B., do. 5% Kreis-Obligat. 100$\frac{1}{16}$ bz., do. 5% Obra-Meliorat.-Oblig. —, do 4½% Kreis-Oblig. 92¾ B., do. 4% Stadtobl II. Em. 91 B., do. 5% Stadt-Oblig. 100½ bz., preuß. 3½ prozentg. Staatsschuldsch. 89¾ B, preuß. 4proz Staatsanl. 91 B., 4½ proz freiw. do. 94 B, Nordd. Bundesanl 100$\frac{1}{8}$ G., Märkisch-Posener Eis.-St.-Aktien 59½-¼ bz., russ. Banknoten 82 B ausländische do. 99¾ B., Tellus-Aktien (Bninski Chlapowski Plater & Co.) 105 G., Aktien Kwilecki, Potocki & Co. 108 B., Ostdeutsche Bank 109 G, Ostd. Produkten-Bank 89 B., Provz.-Wechsler- u. Disk.-Bank 100½-⅝ bz.

[Amtlicher Bericht] **Roggen** (per 20 Centner). Kündigungspreis 54. pr Herbst 54, Oktbr. 54, Okt.-Nov. 53½, Nov.-Dez. 53¾, Dezbr.-Jan. 1873 53¾, Frühjahr 54.

Spiritus [mit Faß] (per 100 Liter = 10,000 pCt. Tralles). Kündigungspreis 20. pr. Oktbr. 20, Novbr. 18$\frac{5}{6}$, Dezbr. 18$\frac{5}{6}$, Januar 1873 18½, Februar 18$\frac{7}{12}$, April-Mai 18¾—⅞.

[Privatbericht.] **Wetter:** schön. **Roggen** (pr. 1000 Kilos) behauptet. Kündigungspreis 54. pr. Okt. 54½ bz. u G., 54½ B., Oktbr.-Nov. 53½ bz. u. G., Nov.-Dez. 53¾ bz. u. G., Frühjahr 53¾ bz. u. G., April-Mai 53¾ G, 54 B.

Spiritus (pr. 10 000 Liter pCt.) wenig verändert Kündigungspreis 20. pr Oktober 20—19²³/₂₄ bz. u. G, Nov. 18$\frac{5}{6}$ bz. u. G., Dezbr. 18½ bz. u. G., Januar 18$\frac{5}{6}$ bz. u. B., Febr. 18½ bz. u. G., April-Mai 18¾ bz. u. G., Mai 18¾ bz. u. G.

Privat-Cours-Bericht.

Posen 2 Oktober. **Tendenz:** Matt.

Deutsche Fonds

Posen. 3½proz. Pfandbr.	94	B
dito 4proz. Pfandbr.	90½	bz
dito 4proz. Rentenbr.	94	B
dito 5proz. Prov.-Obl.	100	bz
dito 5proz. Kreis-Obl.	100	G
dito 4½proz. Kreis-Obl.	91	B
dito 4proz. Stadtoblg	89	B
dito 5proz. Stadtobl.	100	B
Nordd. Bundesanl.	100½	B
Preuß. 4½proz. Konsols	102½	B
dito 4proz. Anleihe	95½	G
dito 3½proz. Staatssch.	89	G
Köln-Mind. 3½pr. Pr.-S.	95	bz

Ausländische Fonds.

Amer. 6proz. 1882 Bonds	96½	B
dito dito 1885 Bonds	98	B
Oesterr. Papier-Rente	59½	bz
dito Silberrente	64½	bz
dito Loose von 1860	94	bz
Italienische Rente	65½	B
dito Tabaks-Obligat.	—	—
dito Tabaks-Aktien	—	—
Russisch-engl. 1870er Anl	91½	bz
dito dito 1871er Anl.	91½	bz
Russ. Bodenkredit-Pfbr.	92½	bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	64	B
Türk. 1865 5proz. Anl.	50¾	bz
dito 1869 6proz. Anl.	62	B
Türkische Loose	173½	bz
Russische Noten	82½	bz

Bank-Aktien.

Berliner Bankverein	153½	G
dito Bank	135½	B
dito Produkten-Handbk.	89	G
dito Wechsler-Bank	91	G
Breslauer Diskontobank	140	B
dito Disk.-Kommandit	320	B
Zentral-Genoss.-Bank	144	G
Deutsch. Hyp.-Bk. Berlin	102	G
Zentralb. f. Ind. u. Hand	121½	bz
Kwilecki, Bank f. Ldw.	108	B
Meininger Kreditbank	160½	bz
Oesterr. Kredit	202	bz
Ostdeutsche Bank	108½-109	bz
ultimo	109½	bz
Ostd. Produktenbank	88	G
Pos. Pr. Wechsl. Disk. B	100⅞-1	bz G
Pos. Provinzial-Bank	115	B
Pos. Bau-Bank	—	—
Schles. Bankverein	171	bz
Tellus-Aktien	104	bz G
Preuß. Kredit	145	G
dito Bodenkredit	249	G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	46	bz
Bergisch-Märkische	135½	bz
Berlin-Görlitzer St.-A.	106½	bz
Böhmische Westbahn	113	bz
Brest Grajewo	40	bz
Crefeld, Kr. Kemp. 6pr.	91½	bz
Köln-Mindener	168½	bz
Galizier (Carl-Ludwb.)	107	bz
Halle-Sorau-Guben	66½	bz
dito Stammprior.	87	G
Hannover-Altenbecken	74	bz
Kronprinz-Rudolphsb.	81½	bz
Lüttich-Limburg	32	bz
Märkisch-Pos. St.-Akt.	58⅞-¾	bz B
dito Stamm-Prior.	83½	bz
Magd.-Halberstdt. 3½pr.	89	B
Oestr.-Franz. Staatsb.	199	bz B
Oesterr. Südb. (Lomb.)	127	bz B
ultimo	—	—
Ostpreuß. Südbahn	47	bz
Rechte Oderuferbahn	130	bz
Reichenberg-Pardubitz	81½	bz
Rhein-Nahe	48½	bz
Schweizer Union	28½	bz
dito Westbahn	53½	bz
Stargard-Posen	100	B
Rumänische	49½	bz G

Industrie-Aktien

Marienhütte	106	G
Redenhütte	130	B
Berl. Holzkomptoir	112	G
Berl. Viehhof	100	B
Hoffmann Waggonfabr.	86	B
Lauchhammer	116	G
Pos. Bierbrauerei	100	G

Prämienschlüsse: —

Der jüdischen Feiertage wegen ist morgen und übermorgen keine Börse.

Posener Marktbericht vom 2. Oktober 1872.

Weizen: fest.	p. 50 Kil	feiner	87–92	Thlr.
		mittel	84–81	„
		ordinär und defekt	70–75	„
Roggen: begehrt.	p. 1900	feiner	57–60	„
		mittel	53–54½	„
		ordinär	50–52	„
Gerste: beachtet.	p. 925	feine	47–50	„
		mittel und ordinär	40–45	„
Leinsaamen: wenig offerirt.	p. 925		75–80	„
Hafer: fest.	p. 625	feiner	28–30	„
		mittel und defekt	25–27	„
Erbsen: ohne Umsatz.	p. 1125	Koch-	52–55	„
		Futter-	49–50	„
Oelsaaten: unverändert.	p. 1000	Raps	100–102	„
		Rübsen	100–102	„
Wicken:	p. 1125			
Klee:	p. 50	roth		
		weiß		
Buchweizen: still.	p. 875		40–45	„

feinste Waare über Notiz.

Breslau, 1. Oktober. Kursirende Gerüchte über Maßregeln Seitens der Pr. Bank hatten die Stimmung der Spekulanten vollständig geändert und das Ausgebot erlangte wiederum das Uebergewicht. Das Geschäft war beschränkt, nur in einigen Bankpapieren erlangte es größere Ausdehnung. Die Börse schloß geschäftslos, zu niedrigsten Notirungen. Die Kurse im heutigen Kursblatt beziehen sich auf Kassageschäfte; per ult. wurden große Reporte bewilligt. Kredit 202 a 201¾ bez. v. Gd., Lombarden 127½ a 126¾ bez. u. Geld. Franzosen leblos, junge Diskontobank per ultimo in Posten 132 a à 131½ bez. u. Br.; alte 140½ à 140 bez. u. Br. Schles. Bank ult. a 171½ bez. Wechslerbank 136 etwas a 135 a 135½ bez. u. Br. Makler-Bank 162 a 162½ bez. Kassenverein stark angeboten 106 bez. u. Br. Schl. Vereinsbank lebhaft umgesetzt, 112 a 111½ a 112 bez. Eisenbahnen Industrieeffekten matt, besonders Immobilien, welche die gestern erlangte Kurs Avance wieder aufgeben mußten. Laura 193 ult. bez. Deutsche Reichs-Kont. Bau 122 Br. Rehorst-Bauer 100 Gd. Fonds still. Prämien: Kredit 205 3 a 204½—2½ bez, Lombarden 129½—2½ Br. Junge Diskonto-Bank 134—3 Br. Maklerbank 156—3 Br. Schles. Bod.-Krd.-Pfdbr. bez. u. Gd. Schles. Bod.-Kredit-Aktien 115¾ bez. u. Brief.

Produkten-Börse.

Magdeburg, 30. Septbr. Weizen 76—81 Rt., Roggen 56—60 Rt., Gerste 57—72 Rt., Hafer 49—51 Rt. pro 2000 Pfd. (B. u. Hdls.-Z.)

Königsberg, 30. Septbr. (Amtlicher Produktenbericht. In Quanten pro Tonne von 2000 Pfd. Zollgewicht.) — Weizen loko unverändert hochbunter 85—93 Rt. B., bunter 78—88 Rt. B., rother 75—87 Rt. B. Roggen loko still, inländischer 46—53 Rt. B., loko russischer 43—50 B., Sept.-Okt. 49¾ B., 49½ G., Sept.-Regulirungspreis 49$\frac{1}{12}$ Rt. bz., pro Frühjahr 1873 51½ Rt. B., 50½ G. — Gerste loko fest große 42—52 Rt., kleine 42—52 Rt. B. — Hafer loko 33—42 Rt. B., pro Sept.-Okt. — — G., Sept.-Regulirungspreis 40 bz. — Erbsen loko gefragt, weiße 45—Rt B, graue 50—67 B. grüne 46—55 B. — Bohnen loko 45—50 Rt — Wicken loko 37—42 Rt. B — Leinsaat loko feine 80—90 Rt. B., mittel —80 Rt. B., ordinäre 45—66 Rt. B. — Rübsaat loko pro 200 Pfd. 93—Rt. B. — Kleesaat loko rothe pro 200 Pfd — Rt. B., weiße — Rt. B. Thymotheum loko pro 200 Pfd — Rt B. — Rüböl loko pro 100 ohne Faß — Rt B. — Leinöl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 13½ Rt. B. Rübkuchen pro 100 Pfd. 2$\frac{1}{12}$—2½ Rt B. — Leinkuchen pro 100 Pfd. — B. Spiritus-Bericht. Spiritus loko ohne Faß per 100 Litres pro pCt. Tralles und in Posten von mindestens 5000 Litres loko ohne Faß Rt. B. (K. H. Z.)

Breslau, den 1. Oktbr.

Preise der Cerealien.

In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms.

Festsetzungen der polizeil. Kommission.	feine Thl.	Sgr	Pf	mittle Thl.	Sgr	Pf	ord. Waare Thl.	Sgr	Pf
Weizen w.	9	5	—	8	12	—	7	5	—
do. g.	8	19	—	8	2	6	7	5	—
Roggen	6	5	—	5	26	—	5	16	—
Gerste	5	8	—	5	5	—	4	27	6
Hafer neu	4	10	—	4	6	—	4	2	—
Erbsen	5	15	—	5	—	—	4	20	—

Festst. d. v. d. Handelsk. eing. Komm. Per 100 Kilogramm Netto	feine Thl.	Sgr	Pf	mittle Thl.	Sgr	Pf	ord. Waare Thl.	Sgr	Pf
Raps	10	25	—	10	10	—	9	25	—
Winterrübsen	10	—	—	9	15	—	9	—	—
Sommerrübsen	9	20	—	8	25	—	8	—	—
Dotter	8	25	—	8	2	6	7	7	6
Schlaglein	9	5	—	8	20	—	7	2	6

(Brsl Hdls.-Bl.)

Bromberg, 1. Oktober. — Wetter: schön. Morgens 5° +, Mittags 14° +. — Weizen: 125—128pfd. 78—83 Thlr., 129—131pfd. —86 Thlr pr. 1000 Kilogramm — Roggen 120—122pfd. 52—53 Thlr pr. 1000 Kilogramm. — Spiritus 25¾ Thlr. pr. 100 Liter a 100 %. (Bromb. Ztg.)

Neueste Depeschen.

Berlin, 2. Oktober. Die Zahl der bei jetzigem Quartalwechsel umgezogenen Wohnungsinhaber wird von maßgebenderseite auf 22,000 bis 25,000 geschätzt. Der Umzug erfolgte in der größten Ordnung. Die Baracken waren bis auf wenige, welche bis 7. Oktober frist erhielten, von den Barackenbewohnern selbst eingerissen.

Königsberg, 2. Oktober. Gestern Abend wurde in der hiesigen Stadtverordnetensitzung die Oberbürgermeisterwahl vorgenommen; der hiesige Bürgermeister Szczepanski wurde im dritten Wahlgang mit 52 Stimmen dazu gewählt, Regierungsrath Marczinowski erhielt 3? Stimmen.

London, 2. Oktober. Der Rücktritt Hatherleys und die Ernennung Palmers zum Lord Canzler ist offiziell bestätigt.

Die „Times“ meldet aus Konstantinopel vom 30. September, daß 3000 Montenegriner das türkische Dorf Kolaschiny angriffen und 1? Muselmänner tödteten; die Pforte verlangte telegraphisch vom Fürsten von Montenegro die Bestrafung der Schuldigen. Maßregeln zur Verhinderung der Wiederholung sind angeordnet, ebenso werden die türkischen Truppen im Wiederholungsfalle vorgehen.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.